Justiz im Sozialismus Seite 6

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 23. Februar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

ÖTV-Tarifabschluß:

Grosse Empörung über 11 % Verrat!

11 %, mindestens 170,00 DM, keinen Pfennig Urlaubsgeld - mit diesem Abschluß hat die ÖTV-Führung den Kampf der Kollegen vom "öffentlichen Dienst", den Streik von über 250.000 Arbeitern und Angestellten verraten. Denn obwohl aufgrund der Kampfentschlossenheit der Kollegen das von der Bonner Regierung erlassene Lohndiktat ("keine zweistelligen Erhöhungen") durchbrochen werden konnte, bedeutet dieser Abschluß für die Kollegen Lohnraub.

Darum herrscht unter den Kollegen große Empörung: im Bereich Wolfsburg und im Bezirk Gifthorn lehnten die Streikleitungen den 11-%igen Abschluß bereits ab und forderten die Kollegen auf, bei der Urabstimmung mit 'nein' zu stimmen. In Frankfurt nahmen am Tag nach dem 11-%-Verrat zunächst nur 60 % der Kollegen von der Müllabfuhr die Arbeit wieder auf. Im Offenbacher Rathaus drohten Kollegen den ÖTV-Bonzen Prügel an.

Die ÖTV-Bonzen kannten die Kampfentschlossenheit der Kollegen. Die spontanen Streiks der Müllarbeiter im vergangenen Sommer, die Mitgliederversammlungen gegen Ende letzten Jahres, auf denen die Kollegen Forderungen aufstellten, die in der Regel weit über den 15 % lagen, die die ÖTV-Führung dann als zentrale Forderung diktierte, ließen in diesem Punkt keine Unklarheiten aufkommen. Darum spielten Kluncker und Konsorten fast bis zum Schluß die "harten Männer": sie wußten, daß ein allzu offensichtliches Betrugsmanöver dazu geführt hätte, daß die Kollegen den Kampf selbst in die Hand genommen und ihre Forderungen gegen den Kapitalistenstaat und den ÖTV-Apparat durchgesetzt hätten. Mit der von ihnen ausgegebenen Losung der "Schwerpunktstreiks" wollten die ÖTV-Bonzen die Entstehung einer geschlossenen Kampffront und einer Ausweitung der Streikaktionen verhindern.

Und so bereitete sich der Bonner Staat für den Fall vor, daß es den ÖTV-Bonzen nicht gelungen wäre, den Kampf der Kollegen abzuwürgen: die Bundesregierung ließ ein Notstandsprogramm erstellen, in dem der Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz für Streikbrecherdienste vorgesehen ist.



Hier wird deutlich, was davon zu halten ist, wenn die D"K"P-Revisionisten für alle möglichen Wirtschaftsbereiche Verstaatlichung fordern und behaupten, das sei im Interesse der Arbeiterklasse: im Kapitalismus dient der Staat den Interessen der Kapitalistenklasse. Das hat sich bei den spontanen Streiks im Sommer mit aller Deutlichkeit gezeigt, als der Staat für die Interessen der Kapitalisten die Polizei gegen streikende Arbeiter ins Feld schickte. Die Kollegen vom "öffentlichen Dienst" können ein Lied davon singen: es spielt keine Rolle, ob die Arbeiter im Kapitalismus vom kapitalistischen Staat oder von Einzelkapitalisten ausgebeutet werden.

Die bürgerliche Presse hat groß herausgestrichen, daß im "öffentlichen Dienst" der Staat selbst der Unternehmer ist. Was sie selbstredend verschwiegen hat, ist, daß der kapitalistische Staat generell die Interessen der Kapitalisten vertritt, daß er der organisierte Machtapparat des Kapitals ist, um die Arbeiterklasse in Ausbeutung und politische Unterdrückung zu halten. Einen Staat, der den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes dient, den kann und wird sich die Arbeiterklasse nur durch den gewaltsamen Sturz der Kapitalistenklasse, durch die Zerschlagung des Kapitalistenstaates und durch die Errichtung des sozialistischen Staates, der Diktatur des Proletariats erkämpfen.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION (RGO)!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Trotz Terrorurteil und Haftbefehl!

Solidarität wird Saschas Ausweisung verhindern!

Am 12. Februar wurde in München das Urteil gegen die drei Angeklagten des Roten Antikriegstags verkündet: 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Sascha Haschemi, je 12 Monate ohne Bewährung für seine beiden Mitangeklagten, die Rotgardisten Bernd Reiser und Hubert Lehmann. Für Sascha aber kann dies Urteil, wenn alles nach dem Willen der bürgerlichen Klassenjustiz geht, das Todesurteil bedeuten.



Mehr als 5.000 Einzelunterschriften für die Freiheit und sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha haben Genossen der Partei inzwischen gesammelt. Dazu kommen viele Protestresolutionen, die auf größeren Veranstaltungen, Teach-Ins, oder Gewerkschaftsversammlungen verabschiedet wurden. Besondere Erfolge können aufweisen: Duisburg mit 250 Unterschriften, Lübeck mit 170, Gelsenkirchen mit 400, Bochum mit 400, Gießen/Wetzlar mit 300, Bielefeld mit 200, Kiel mit 360, Braunschweig mit 100, Coburg mit 500, München mit mehr als 700 Unterschriften. Bei den Agitpropständen der Partei in den Stadtzentren, bei Sammlungen vor Betrieben, auf Kundgebungen oder Veranstaltungen: überall stimmte die Bevölkerung unserer Parole zu: "Sascha muß in Deutschland bleiben".

Sascha, der zwar in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, besitzt einen iranischen Paß, da sein Vater Perser ist. Dies will die Bourgeoisie ausnutzen, um ihn, einen mutigen Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse, abzuschieben.

Schon lange vor Prozeßbeginn war klar: Hier handelt es sich um ein abgekartertes Spiel zwischen Polizei, Justiz, Ausländeramt, Regierung und Verfassungsschutz. Seit Mai 1973 - damals erhielt Sascha die Anklageschrift - wurde seine Aufenthaltsgenehmigung nur noch um jeweils drei Monate verlängert, nicht, wie üblich, für ein Jahr. Daß seine Ausweisung oder Abschiebung bereits beschlossene Sache für das Innenministerium war, erfuhr er von den Beamten des Ausländeramtes, die ihm zynisch rieten: "Lernen sie schon einmal persisch!" Das Urteil jetzt soll nur noch den Vorwand für die Abschiebung geben. Am 28. Februar läuft Saschas Aufenthaltsgenehmigung ab.

Fortsetzung auf Seite 8

Polizeiüberfall auf Kandidaten der KPD/ML zur Bürgerschaftswahl in Hamburg

Die Bourgeoisie war gezwungen, die KPD/ML zur Bürgerschaftswahl in Hamburg zuzulassen. Aber schon am Tag der Zulassung erklärte Polizeiminister Weyer an die Adresse der KPD/ML: Verfassungsfeinde gehören verboten. Die KPD/ML steht auf den Wahllisten - zusammen mit 9 anderen Parteien. Aber während SPD, NPD oder D"K"P mit barer Münze in ihrer Propaganda unterstützt werden, soll die Wahlpropaganda der KPD/ML mit Polizei- und Justizterror verhindert werden. Denn vor kommunistischer Agitation und Propaganda hat die Bourgeoisie Angst.

am 9./10.2. versucht die Polizei in Harburg das Auftreten des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust und des Hamburger AP-Trupps "Rotes Sprachrohr" zu verhindern. Rund hundert Hamburger, die die Propaganda der KPD/ML hören wollten sind empört. "Singt doch mal ein Lied gegen die Bullen!" kommt es aus der Menge.

Ein Kandidat der KPD/ML, Genosse Peleikis, erfährt bei einem zufälligen Besuch auf dem Bezirksamt, daß er gar nicht in die Wahllisten eingetragen ist. Ein hinterhältiger Versuch, ihn nachträglich dann auch als Kandidaten der Partei für ungültig zu erklären

Fortsetzung auf Seite 4

Protest des Aussenministeriums der Volksrepublik China!

Am 30. Januar 1974 unterzeichneten die japanische Regierung und südkoreanische Führer in Soeul ein sogenanntes Übereinkommen in Bezug auf die gemeinsame Entwicklung des kontinentalen Schelfs im ostchinesischen Meer.

In diesem Übereinkommen bezeichnen sie einmütig ein großes Gebiet dieses kontinentalen Schelfs als eine sogenannte japanisch-südkoreanische "gemeinsame Entwicklungszone", in der Petroleum und Naturgas bei gemeinsamer Investition ausgebeutet werden sollen.

Die chinesische Regierung erklärte dazu:

Die chinesische Regierung hält daran fest, daß es entsprechend dem Prinzip, daß das kontinentale Schelf die natürliche Fortsetzung des Kontinents ist, völlig klar ist, daß die Frage, wem das kontinentale Schelf im Ostchinesischen Meer gehört, von China und den anderen anliegenden Ländern in gemeinsamer Beratung entschieden werden muß. Die japanische Regierung und südkoreanische Führer jedoch haben eine sogenannte "gemeinsame Entwicklungszone" im Ostchinesischen Meer hinter dem Rücken Chinas festgelegt.

Das ist ein Angriff auf die Souveranität Chinas, den die chinesische Regierung absolut nicht dulden kann. Wenn die japanische Regierung und die südkoreanischen Führer ihre diesbezüglichen Aktivitäten hartnäckig weitertreiben, so müssen sie die volle Verantwortung für die Konsequenzen, die daraus entstehen, tragen.

(nach Hsinhua Nachrichtenagentur, China)

USA bauen Militärstützpunkt in Diego Garcia aus

Wettrüsten der Supermächte im Indischen Ozean

Die USA planen die Insel Diego Garcia im indischen Ozean zu einem waffenstarrenden strategischen Stützpunkt auszubauen. Damit treiben sie das Wettrüsten mit der Sowjetunion im Indischen Ozean wiederum einen Schritt weiter.

Seit Jahren schon balgen die beiden Supermächte tausende Kilometer von ihren Küsten entfernt mit ihren Flotten um die Vorherrschaft im indischen Ozean und auf dem südasiatischen Subkontinent. Bereits 1967 hatten sich die US-Imperialisten die von England besetzte Insel für ihre Zwecke zur Verfügung stellen lassen. Während der letzten Jahre haben sie sich immer mehr beeilt, Diego Garcia zu einer Marinefestung auszubauen. - Ihre Vorherrschaft am indischen Ozean wurde ständig mehr gefährdet: Die Völker Indochinas, die arabischen, die afrikanischen Völker schreiten ständig voran in ihrem Kampf gegen Imperialismus und schließen sich immer enger zusammen. Die Völker der Philippinen, Indonesiens und Indiens erheben sich immer heftiger gegen ihre reaktionären Herrscher.

Zum anderen aber bedrohen die sowjetischen Sozialimperialisten die amerikanische Vorherrschaft. Seit 1965 vergrößern sie ständig ihre militärische Anwesenheit in diesem Raum, um selbst in die Fußstapfen der USA zu treten und die Gewaltherrschaft über dieses Gebiet zu zu erjagen. 1965 begannen zwei sowjetische Flotten unter dem Vorwand von"Besuchen" in den indischen Ozean und dann in den arabischen Golf, den Golf von Aden usw. einzudringen. 1969 schließlich kehrte eine Flotte von ihren "Besuchen" nicht zurück, sondern blieb als ungebetener "Gast" im Indischen Ozean stationiert. Seither kreuzen immer größere Flottenverbände beider durch den Indischen Ozean und verletzen die Souveränität der Länder in deren territorialem Gewässer sie sich aufhalten.

Während beide wie wild aufrüsten, ihre Flotten im Indischen Ozean vergrößern und noch mehr Militärbasen anlegen, übertönen sie sich gegenseitig, sie wollten die Sicherheit der Länder am indischen Ozean garantieren.

Aber wer bedroht die Sicherheit im Indischen Ozean? Vor wem müssen sich die asiatischen, arabischen und afrikanischen Völker am Ozean sichern? Es sind die beiden Supermächte, die ständig in diesem Gebiet Unruhe schaffen, die versuchen, die Länder gegenseitig aufzuhetzen, um so ihre Position zu stärken.

So haben die Sozialimperialisten sich die Expansionsbedürfnisse der indischen Reaktionäre zunutze gemacht und sie zum Aggressionskrieg gegen Pakistan ermutigt. Sie haben Indien selbst in eine Halbkolonie verwandelt.

Die 7. US-Flotte hat mit Operationen vom Indischen Ozean aus die arabischen Völker während der israelischen Aggression bedroht. Beide Supermächte gemeinsam haben den Waffenstillstand im Nahen Osten erzwungen und zynisch die arabischen Länder zur "Friedenskonferenz" in Genf "eingeladen", während die Kanonen ihrer Flotten gemeinsam auf den Nahen Osten gerichtet waren.

Wenn sich die Völker am indischen Ozean sichern müssen, dann gegen die beiden Supermächte, deren hegemonistische und expansionistische Politik und Ziele die Freiheit und Unabhängigkeit der Länder in diesem Raum gefährden.

Der Ausbau des US-Stützpunktes Diego Garcia wird nicht die Herrschaft der USA in diesem Raum verewigen, sondern wird die Empörung und Kampfbereitschaft der Völker am Indischen Ozean gegen die Hegemoniebestrebungen beider Supermächte erhöhen.

Reisender in Sachen Antikommunismus

Am Mittwoch letzter Woche betrat ein "Gast" deutschen Boden, der ihn - Gott sei Dank - 36 Stunden später wieder verließ - der Reisende in Sachen Antikommunismus, Alexander Solschenizyn.

Die gesamte bürgerliche Presse schwamm im Mitgefühl mit dem "Opfer des Kommunismus", das Heinrich Böll gerufen und in die Arme geschlossen hat, dem Bundeskanzler Brandt schon vor Tagen Asyl angeboten hatte.

Tausende von ausländischen Arbeitern, von fortschrittlichen und kommunistischen Patrioten aus Ländern mit einem faschistischen Regime warten ergeblich auf Asyl, auf Fremdenpaß und Aufenthaltserlaubnis. Anders Solschenizyn. Morgens kam er an, mittags um 14.00 Uhr hatte er einen Fremdenpaß für ein Jahr - von Weyers Beamten ins Haus geliefert.

Wieso dieser Eifer?

Weil Solschenizyn ein Antikommunist ist, ein Feind der Sowjetunion, sagt die D"K"P.

Ein Antikommunist ist Solschenizyn. Daran kann keiner zweifeln, der seine Hetztiraden gegen die KPdSU(b) mit Genossen Stalin an der Spitze und die Diktatur des Proletariats kennt. Aber heute ist die Sowjetunion kein sozialistisches Land mehr. Verräter am Kommunismus haben die Macht an sich gerissen und die faschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie errichtet. Und ein Feind dieser Konterrevolutionäre ist Solschenizyn allerdings nicht.

Deshalb haben die neuen Zaren im Kreml von Solschenizyn auch nichts zu fürchten. Wenn sie sich gegenüber den antikommunistischen Angriffen Solschenizyns als Verteidiger des Kommunismus aufspielen, dann deshalb, um ihr Ansehen als "Kommunisten", das in der Sowjetunion und in der ganzen Welt erheblich gelitten hat, demagogisch aufzupolieren. In Wirklichkeit spricht Solschenizyn nur offen aus, was Breshnew und Co. ebenfalls denken. Seine offene Sprache ist für die sowjetischen Sozialimperialisten darüberhinaus ein Test, wieweit sie offener die Reste der sozialistischen Errungenschaften in der Sowjetunion angreifen können, ohne auf eine Revolte der Massen zu stoßen.

Und die westdeutschen Imperialisten, warum sind sie für Solschenizyn? Viele deutsche Arbeiter sind zu recht empört über die faschistische Diktatur in der Sowjetunion. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich zum Wortführer dieser Empörung machen, um den Kommunismus, den viele Menschen immer noch in der Sowjetunion verwirklicht sehen, in Mißkredit zu bringen. Die westdeutschen Imperialisten spielen diese bürgerliche Opposition in der Sowjetunion nur zu dem einen Zweck hoch, um die westdeutschen Werktätigen von der einzigen Alternative zum revisionistischen Verrat, dem Marxismus-Leninismus, abzuhalten. Deshalb interessiert sie an Solschenizyn nicht hauptsächlich seine Kritik an den heutigen Verhältnissen in der Sowjetunion. Ihr hauptsächliches Interesse an Solschenizyn ist das gleiche wie das der neuen Zaren im Kreml auch: seine Propaganda gegen die Diktatur des Proletariats.

Über die wirkliche politische Unterdrückung - nicht die Unterdrückungskomödie um Solschenizyn - schweigt die bürgerliche Presse genauso wie die Presse der sowjetischen Sozialimperialisten auch. Denn diese Opposition verfolgt die gleichen Ziele, wie die fortschrittlichen Menschen, wie die Kommunisten in Westdeutschland auch. Sie kämpft gegen die neue Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats.

Im übrigen. So kurz, wie die westdeutschen Imperialisten glauben, ist das Gedächtnis der deutschen Arbeiterklasse nicht. Vor einigen Monaten nämlich wurde einem anderen "Gast" aus der Sowjetunion ein noch größerer Bahnhof bereitet als heute Solschenizyn. Für das Oberhaupt der sowjetischen Sozialimperialisten, Breshnew selbst, wurde der rote Teppich ausgerollt. Damals gingen tausende von fortschrittlichen Menschen auf die Straße, um gegen die faschistische Diktatur in der Sowjetunion zu protestieren. Als sie unter anderem riefen: Breshnew - ein Diktator wie Hitler - da wurden sie nicht gelobt wie heute Böll und die anderen "freiheitlichen Demokraten" - da schlugen Polizisten unter gemeinsamer Regie von Moskau und Bonn die Demonstranten brutal zusammen, fast tausend wurden verhaftet. Es gibt keinen Zweifel, den Kampf zwischen Breshnew, dem Kommunisten und Brandt, dem "Vertreter des freien Westen' gibt es nicht. Die Alternative zum sowjetischen Sozialimperialismus ist nicht der Kapitalismus, sondern ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

ENERGIE-KONFERENZ

Krach in Washington

Mit ihrer Energiekonferenz in Washington planten die US-Imperialisten, eine Organisation der westlichen Länder einschließlich Japans zu schaffen, die geschlossen auf die Erdölförderländer Druck ausübt. Vorerst endete die Konferenz mit großem Krach: Frankreich weigert sich, der amerikanischen Energiepolitik Folge zu leisten.

Die Länder der OPEC haben heftig gegen die Bedrohung, die von dieser Konferenz ausgeht, protestiert. Und auch gegenüber den teilnehmenden europäischen Ländern Maßnahmen angekündigt.

Die Konferenz sollte den USA wieder Oberwasser verschaffen. Nicht nur gegenüber den Erdölförderländern, sondern auch gegenüber den europäischen Ländern, die aus ihren eigenen imperialistischen Interessen heraus immer mehr eine eigenständige Energiepolitik betrieben haben. So drohte Nixon während eines Essens mit den europäischen Ministern: "Sicherheit und wirtschaftliche Erwägungen sind unvermeidbar miteinander verbunden, wie wir auch die Energiepolitik nicht abtrennen können" - Im Klartext: Wer sich nicht nach den Energiewünschen der USA richtet, soll im Punkte Sicherheit und Wirtschaft sein blaues Wunder erleben.

Die Frage stand daher von Anbeginn der Konferenz: Werden die europäischen Länder sich darauf einlassen, unter dem US-Oberkommando gegen die Erdölförderländer zu ziehen - oder werden sie sich gegen die amerikanischen Hegemoniebestrebungen zur Wehr setzen?

Der französische Außenminister Jobert stellte von vornherein klar, daß Frankreich nicht gewillt ist, den Plänen der USA Folge zu leisten, daß es keine Vorherrschaft der USA über die europäischen Länder wünscht. Die westdeutschen Imperialisten sprachen zwar auch gegen einen "Aktionsausschuß", traten aber gegen den "Alleingang Frankreichs" und für ein "gemeinsames Vorgehen" mit den USA auf. Sie stellten sich hinter die aggressiven amerikanischen Pläne und nutzten ihre Stellung innerhalb der EG, um auch die anderen europäischen Länder auf die Seite Washingtons zu ziehen.

Ein geschlossenes Auftreten der EG gegenüber den USA scheiterte auch in Washington an dem Gerangel zwischen der westdeutschen und der französischen Monopolbourgeoisie, die beide um die Herrschaft innerhalb der EG kämpfen.

Im Gegensatz zu den französischen versuchen die westdeutschen Imperialisten die Macht in der EG an sich zu reißen, indem sie vor allem mit den beiden Supermächten schachern, um deren Unterstützung zu erlangen. So haben sie sich auch auf der Konferenz in Washington auf die Seite der USA geschlagen, um vorerst deren aggressive Pläne zu unterstützen. Dabei ließ Finanzminister Schmidt die USA wissen, daß Westdeutschland sein Eintreten für die US-Pläne honoriert sehen wolle. Er betonte, daß Westdeutschland zwar für ein gemeinsames Vorgehen wäre, aber von seiner finanziellen Grundlage her sich durchaus einen Alleingang leisten könne.

Die US-Monopole haben ihr Ziel, mit der Konferenz eine geschlossene imperialistische Front gegen die Erdölförderländer unter ihrem Oberbefehl zu organisieren, nicht voll erreichen können. Aber auch der gegenwärtige lockere Zusammenschluß, der in Washington zustande gekommen ist, ist eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der kleinen Erdölförderländer, die gegen die beiden Supermächte um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Es ist die internationalistische Pflicht auch des westdeutschen Proletariats, diese Pläne der Imperialisten zunichte zu machen und den Kampf gegen die beiden Supermächte, sowie ihren Verbündeten, den westdeutschen Imperialismus, auf dem Boden unseres Landes zu führen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion (G. Schubert) 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526,PSchKto Dortmund Nr. 417 00-466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231/411350 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck NAV GmbH 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

"Konzertierte Aktion" gegen kommunistischen Mannesmannarbeiter

"Im übrigen ersuchen wir Sie, wegen der Schwere der gegen Sie erhobenen Vorwürfe ab sofort das Werk nicht mehr zu betreten..." So wollen die Mannesmann-Bosse den kommunistischen Arbeiter Hanfried Brenner loswerden.

Der Kommunist Hanfried Brenner hat auf der Belegschaftsversammlung im November zum Streik gegen die Entlassungen aufgerufen, er hat schonungslos entlarvt, wer den Zusammenbruch des Streiks planmäßig herbeigeführt und den Kampf gegen die Entlassungen bewußt sabotiert hat: die Betriebsratclique um Knapp ("linker" Sozialdemokrat und IGM-Bonze) und die modernen Revisionisten von der D"K"P. Der Genosse Brenner und die Betriebszelle der KPD/ML bei Mannesmann-Huckingen haben bei jeder Gelegenheit erklärt, daß diese Verräter in den eigenen Reihen keinen anderen Zweck verfolgen, als Verwirrung, Spaltung und Resignation in die Kampfreihen der Belegschaft zu tragen, den Kampf der Kollegen im Auftrag der Mannesmann-Bosse in die Niederlage zu führen.

Die geplante Entlassung von Hanfried Brenner resultiert eindeutig aus der Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsleitung, dem IG Metall-Apparat und der D"K"P. Am Montag den 11. 2. erhielt Genosse Brenner die Mitteilung, daß er gemäß dem "Extremisten-Beschluß" aus der IGM ausgeschlossen werden soll, falls er sich nicht von der KPD/ML distanziere. Postwendend folgten 4 Tage später Betriebsverbot und faktische Entlassung seitens der Mannesmann-Bosse. Wahrhaftig eine konzertierte Aktion! Aber zur Nachtschicht erschien Genosse Brenner trotz Betriebsverbot an seinem Arbeitsplatz, wo bereits einige höhere Vorgesetzte auf ihn warteten, die ihm bekundeten, er habe zwar gut gearbeitet, aber er könne doch nichts machen, weil er ja auch von den Kollegen völlig isoliert sei. Letzteres entlarvten die Kollegen allerdings umgehend als Wunschdenken der Mannesmann-Bosse, sie solidarisierten sich mit dem Kollegen. Lediglich ein D"K"P-Mitglied forderte den Genossen auf, klein beizugeben und sein Heil in den Gesprächen mit Bossen und Bonzen im Personalausschuß zu suchen. Aber die Kollegen erklärten, daß sie vom Genossen Brenner jetzt eine konsequente Haltung erwarteten, für die Mannesmann-Bosse sei seine Entlassung ohnehin beschlossen.

Schließlich fuhren die Bullen bis vor die Halle und führten den Genossen im Polizeigriff ab. Die Bullen, die den Genossen in Arbeitskleidung mitten in Duisburg absetzten, verweigerten die Bekanntgabe ihrer Dienstnummer mit der blöden Bemerkung, "man sei ja schließlich nicht im Kommunismus". Interessant ist daran allerdings, daß den Bullen vorher offenbar klar gesagt worden ist, sie hätten einen Kommunisten abzuführen.

Die geplante Entlassung des Genossen Brenner ist der verzweifelte Versuch der Mannesmann-Bosse, die kommunistische Partei, die KPD/ML, aus dem Betrieb zu jagen. Am meisten hat die Kapitalisten geschreckt, daß immer mehr Kollegen den Unterschied zwischen den Kommunisten und der Verräterpartei D'K"P erkennen. Unsere Partei hat als einzige Organisation das Wesen der D"K"P als Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung ständig enthüllt. Da sehen die Bosse ihre Felle davonschwimmen.

Die Resignation, die der revisionistische Verrat bei den Mannesmann-Kollegen hervorgerufen hat, kann nur im schonungslosen Kampf gegen die Verräter überwunden werden.

NIEDER MIT DER D"K"P, DER AGENTUR DER KAPITALISTEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG !

KAMPF FÜR DIE WIEDEREINSTELLUNG ALLER ENTLASSENEN !

KAMPF DER GEPLANTEN ENTLASSUNG DES KOLLEGEN BRENNER !

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION (RGO) !

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

Erklärung zu meinem angedrohtem Gewerkschaftsausschluß

Die IGM-Ortsverwaltung Duisburg vertreten durch Herrn Bulitz, will mich aus der Gewerkschaft ausschließen. Was ist der Grund? Ich habe auf der außerordentlichen Belegschaftsversammlung im November vergangenen Jahres zum Streik gegen die Entlassung der 22 Kollegen aufgerufen. Ich habe auf Belegschaftsversammlungen und bei anderen Gelegenheiten klar ausgesprochen, daß wir Arbeiter uns im unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger zusammenschließen müssen. Daß wir uns nur auf diese Weise gegen die zunehmende Verschlechterung unserer Lebenslage, gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung und Erniedrigung zur Wehr setzen können.

Ich habe offen erklärt, daß die Einheit und Kampfstärke der Arbeiterschaft von gewissen Leuten sabotiert und untergraben wird, die sich Arbeitervertreter nennen, die aber in Wirklichkeit auf der Seite der Kapitalisten stehen, weil sie sich durch Pöstchen und Karrieremacherei durch finanzielle und andere Privilegien korrumpieren. Ich habe nicht verschwiegen, daß auch die D"K"P-Führer zu dieser Sorte von Arbeiterverrätern gehören. Ich habe mich auch nicht gescheut, die schändliche Rolle von Knapp und Dreger zu entlarven, die nicht nur darauf verzichtet haben, zum Streik gegen die Entlassungen der 22 Kollegen aufzurufen, sondern bewußt, aktiv und planmäßig gegen einen Streik gearbeitet und in übler Art und Weise abgewiegelt haben.

Ich habe auch unzweideutig klargestellt, was ich von "unserer" Gewerkschaftsführung, von Leuten wie Loderer, Vetter oder auch Bulitz halte. Daß diese Herren offen auf der Seite der Kapitalisten stehen, daß sie auf Grund ihrer fetten Aufsichtsratsgehälter, auf Grund ihrer Funktionen im Management gewerkschaftseigener Kapitalkonzerne , auf Grund ihrer Verbindung mit dem Finanzkapital und Regierung selbst zur Kapitalistenklasse gehören. Damit habe ich nur öffentlich ausgesprochen, was auch die Meinung von Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern ist.

Weil sie die Sache der Arbeiter mit Füßen treten, fürchten sich diese Herren Bonzen vor der Mitgliederschaft, die sie angeblich vertreten. Deshalb sehen sie sich gezwungen, die Wahrheit zu ersticken und jede klassenbewußte Opposition von Seiten der Mitgliederschaft zu unterdrücken. Dabei zerschlagen sie skrupellos jeden Ansatz von gewerkschaftlicher Demokratie. Nur auf diese Weise ist es ihnen möglich, die Gewerkschaften, die von den Arbeitern einst als Kampforganisationen gegen das Kapital geschaffen wurden, in ihr Gegenteil, in ein Instrument zur Verhinderung des Kampfes der Arbeiterschaft, in ein Werkzeug für die Knebelung der Arbeiterklasse zu verwandeln.

Die Methode wie die Bonzen mich und andere revolutionare Gewerkschaftsmitglieder mundtot machen wollen, ist infam. Ich soll eine Erklärung unterschreiben, mit der ich meine politische Überzeugung, die mir heilig ist, in den Schmutz ziehen soll. Ich soll unterschreiben, daß ich nichts mehr mit der KPD/ML zu tun haben will, von der ich doch weiß, daß sie die einzige Partei in diesem Lande ist, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, von der ich weiß, daß sie an der Spitze des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht. Falls ich diese schändliche Unterschrift nicht leiste, werde ich ohne Verfahren, automatisch ausgeschlossen. So droht man mir und beruft sich dabei auf den reaktionären sogenannten Extremistenerlaß.

Voller Abscheu weise ich diesen schmutzigen Erpressungsversuch zurück und erkläre unzweideutig: niemals werde ich mich von der revolutionären Partei der westdeutschen Arbeiterklasse distanzieren. Nach wie vor werde ich an der Seite meiner Kollegen gegen Lohnraub, Teurung und politische Unterdrückung kämpfen. Nach wie vor werde ich für die entgültige Befreiung der Arbeiterklasse vom Elend der Lohnsklaverei kämpfen. Ich werde auch in Zukunft jedes Regime, welches das arbeitende Volk ausbeutet und unterdrückt , anprangern. Egal ob es in West oder Ost ist. Egal ob es sich sozialer Rechtsstaat oder sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaat nennt. Egal, ob der jeweilige Regierungschef Brandt, Honecker, Breschnjew oder Nixon heißt. Die wahrhaft sozialistischen Länder jedoch, das rote China und das rote Albanien werde ich auch in Zukunft als leuchtendes Beispiel hochhalten und gegen jede Verleumdung in Schutz nehmen. Ich rufe alle Kollegen auf, protestiert gegen Ausschlußmaßnahmen gegen mich und andere revolutionäre und klassenbewußte Kollegen. Tragt euch in die Unterschriftenliste ein. Fortschrittliche Vertrauensleute, nehmt mit Resolutionen gegen das Vorgehen der Ortsverwaltung Stellung !

gezeichnet Hanfried Brenner.

Kampf der politischen Entlassung des Genossen Reimer Schnoor!

Genosse Reimer Schnoor, Sympathisant der KPD/ML, ist von den Hoesch-Kapitalisten mit Werkschutz, Hunden und Polizei vom Werk gejagt worden. Das geschah auf Betreiben von D'K"P-Betriebsrat Wetzel. Kampf der Entlassung des Genossen Reimer Schnoor!

Seit einigen Monaten fordern die Kollegen der neuen Beize des FK 2 der Westfalenhütte einen neuen Vertrauensmann, weil der Betrieb auf 3 Schichten umgestellt wurde. Einer der Kandidaten war Genosse Reimer Schnoor. D'K'P-Betriebsrat Wetzel stimmt der Neuwahl zu, ja er versucht sogar, Genossen Schnoor zu umschmeicheln. Nach der Teilbelegschaftsversammlung der Kaltwalzwerke im Dezember aber sagt Wetzel die Nachwahl ab. Denn hier hat Genosse Schnoor zusammen mit anderen Genossen der KPD/ML den Verrat der D'K'P in der letzten Tarifrunde angegriffen. Wetzel reißt die Kandidatenliste ab und setzt einen Vertrauensmann für alle 3 Schichten ein. Es ist klar: Er hat Angst, daß Genosse Schnoor zum Vertrauensmann gewählt wird. Er hat Angst, daß die KPD/ML jetzt alle Verrätereien der D'K'P im Vertrauensleutekörper und vor allen Kollegen entlarven wird.

Die Kollegen sind empört und schreiben eine Protestresolution an Wetzel, die die Wahl fordert. 8 Kollegen unterschreiben. Wetzel bekommt es mit der Angst. Er versammelt die Kollegen und bringt gleich den Obermeister mit. Wie ein Acht-Groschenjunge will Wetzel herausfinden, wer die Resolution geschrieben hat.

Die Antwort: Ein offener Brief, der Wetzels Spitzeltätigkeit entlarvt und die Forderung nach der Vertrauensleutewahl erneuert. Wetzel beruft eine neue Versammlung ein. Jetzt kommt er mit niederträchtigen Lügen: Er behauptet, daß die Lohnkommission eine Lohnerhöhung ablehne, weil Genosse Schnoor während der Arbeitszeit Bücher lese, noch dazu marxistisch-leninistische. Wetzel läuft sogar in anderen Abteilungen herum und verbreitet da, die Werksleitung lehne Lohnerhöhungen ab, weil einige Kollegen nach der Arbeit Mao Tse Tung lesen und die Arbeit also nicht so ermüdend wäre. Das ist eine unverschämte Lüge. Wir wissen genau: Wetzels Partei, die D'K'P, ist es, die den Kampf um mehr Lohn verhindert hat, die den Streik im Februar verraten hat.

Betriebsratssitzung: Die Bonzen überlegen, wie sie mit den Kommunisten im Kaltwalzwerk fertig werden sollen. Wetzel schlägt vor: Als erstes Verwarnung des Genossen Schnoor.

Und dann hat er eine Idee: Es soll so aussehen, als ob die Entlassung des Genossen von den Kollegen gefordert würde. Dann könnte er seine Hände in Unschuld waschen. Wetzel setzt eine Resolution auf und läßt von seinen Kumpanen Unterschriften gegen Genossen Schnoor sammeln. Mit allen Tricks werden Unterschriften gesammelt. Sogar im FK I. Er verbreitet dort die Lüge, die Kollegen im FK II hätten den Genossen dort am Samstag aus der Kaffeebude rausgeschmissen.

Aber alle Lügen und hinterhältigen Methoden können den Genossen nicht von seinen Kollegen isolieren. Aus Reimers Schicht haben nur 2 Kollegen unterschrieben, ein Vorarbeiter und ein verhetzter Vertrauensmann. In anderen Abteilungen, wo Wetzel am Samstag noch Unterschriften ergaunern konnte, lehnten in der letzten Woche ganze Abteilungen geschlossen ab. Viele Kollegen erklären sich mit Genossen Reimer Schnoor solidarisch und unterschreiben Protestresolutionen, die von Genossen der Partei und anderen Kollegen aufgestellt wurden.

Die Stimmung wandte sich mehr und mehr gegen Wetzel.

Da griff die D"K"P zu ihrem letzten Mittel, der offenen Gewalt. Als treuer Helfer der Kapitalisten sorgte sie dafür, daß der Kollege eine Verwarnung von der Werksleitung erhielt, wegen 2 offener Briefe. Einer der Briefe ist aber nie offen ausgehängt worden. Es ist der Brief des Kollegen an Betriebsrat Wetzel. **Die Hoesch-Kapitalisten können den Brief also nur vom Denunzianten Wetzel bekommen haben!**

Doch die D"K"P- Verräter gehen noch weiter. Auf einer Abteilungsversammlung, wo der Genosse Schnoor Betriebsrat Wetzel zur Rede stellen will, hetzt D"K"P-Betriebsrat Wetzel, bis 3 "Kollegen", ein Vorarbeiter und 2 "Kollegen", aus einer anderen Schicht drohen zu "streiken", solange Genosse Reimer nicht rausgeschmissen ist. Einer gibt sich sogar dazu her, den Stock gegen Kollegen Schnoor zu erheben . **Mit der Begründung, Streik und eine Schlägerei drohe, holt Wetzel einen anderen Betriebsrat und einen Vertreter der Werksleitung herbei, und gemeinsam weisen sie Genossen Reimer Schnoor aus dem Werk.**

Genosse Reimer Schnoor aber gibt nicht kampflos auf. Am Freitag geht er wie gewohnt zur Arbeit. Die Kollegen in der Waschkaue und seiner Abteilung unterstützen ihn. Da greift die Werksleitung wieder ein. Der Meister holt den Werkschutz, der hetzt einen Hund auf ihn. Zusammen mit einer Kolonne von Meistern, Vorarbeitern, Werkschutz und Hund wird der Genosse Schnoor nach draußen gedrängt. Die Kollegen kommen empört nach. Genosse Schnoor hält eine Rede. Wie einen Verbrecher sperren ihn daraufhin Werkschutz und Meister in die Kaffeebude und lassen ihn dann abführen.

Kollegen! Diese faschistischen Maßnahmen sind das Werk von Betriebsrat Wetzel und seiner Partei, der D"K"P. Diese Partei, die sich kommunistisch nennt, hat mit einer kommunistischen Partei nichts zu tun. **Sie scheut keine hinterhältige Hetze, keine Niedertracht und keine Gewaltmaßnahmen, wenn es darum geht, die wirklichen Kommunisten zu bekämpfen. Das sind heute die Genossen der KPD/ML !**

Die D"K"P fürchtet den Einfluß der Partei unter den Arbeitern. Sie fürchtet, daß immer mehr Kollegen erkennen, Kommunist sein heißt heute, in den Reihen der KPD/ML für die sozialistische Revolution zu kämpfen, gegen gegen die D'K'P

Kollegen, protestiert geschlossen gegen die Entlassung des Genossen Reimer Schnoor! Überlegt in Euren Abteilungen Kampfmaßnahmen! Wartet nicht bis zur Belegschaftsversammlung Mitte März !

Nieder mit dem Verrat der modernen Revisionisten!
Nieder mit der D"K"P !
Kampf der Entlassung des Genossen Schnoor!
Kollegen in der neuen Beize! Wählt den Genossen Schnoor zu eurem Vertrauensmann!
Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

Sofortige Wiedereinstellung von Thomas Scheffer!

Im RM Nr. 8 berichteten wir über die politische Entlassung des Landesverbandsvorsitzenden der KPD/ML in Westberlin, Thomas Scheffer, bei AEG. Ein westberliner Arbeitsgericht stellte in seinem Urteil fest, die Kündigung sei unzulässig. Offizielle Urteilsbegründung: der von den AEG-Bossen angegebene Kündigungsgrund 'Arbeitsmangel' sei nicht stichhaltig genug bewiesen worden. In Wirklichkeit war das Gericht durch den Kampf der Kollegen und der Partei und durch das konsequente Auftreten des Genossen Scheffer zu diesem Urteil gezwungen worden. Die Betriebszelle AEG-Brunnenstraße der KPD/ML betont in ihrer Betriebszeitung 'Der AEG-Arbeiter', daß mit diesem Urteil Kündigung und Betriebsverbot keineswegs aufgehoben sind. Die Genossen stellen fest: "AEG und Klassenjustiz sind sich einig, daß der kommunistische Kollege Thomas raus muß." Darum hat das Arbeitsgericht die AEG-Bonzen auch unverblümt aufgefordert, möglichst bald bessere Vorwände für die Entlassung des Genossen zu präsentieren. Aus dem Betrieb berichten Genossen, daß in der V 15, wo Thomas gearbeitet hat, die Kollegen von Geschäftsleitung, Betriebsrat und Vertrauensmann terrorisiert werden."Kollegen werden angeschwärzt, die begonnene Unterschriftensammlung für Thomas verschwindet spurlos aus dem Spind. Wer Thomas unterstützt, dem wird mit Kündigung gedroht."

Hamburg wird rot!

"Auf ihr Arbeiter, Brüder, unsre Zeit ist gekommen, rote Fahnen wehn wieder im Land" so schallt es laut durch die Straßen des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg. Der Lautsprecherwagen der Partei ist im Einsatz und unterstützt die Genossen, die auf der Straße und in den Häusern die Linie unserer Partei propagieren. Über Lautsprecher werden die stillschweigenden Versuche der Bourgeoisie angeprangert, den Wahlkampf unserer Partei zu verhindern, wie bei der Rundfunkerklärung, wie bei den Versuchen, Genossen bei ihrer Propaganda zu verhaften usw. Die Gardinen hinter den Scheiben bewegen sich, Fenster werden geöffnet, mancher geht auf den Balkon hinaus, um besser hören zu können. "Wir werden beweisen, daß ein bürgerliches Parlament nichts anderes verdient, als durch den revolutionären Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden. Für die Bourgeoisie ein Stich ins Wespennest. Polizeiwagen und Polizeistreifen zu Fuß



jagen durch die Straßen des Stadtteils, halten an, beobachten, fahren weiter und beobachten wieder. Aber Angesichts der Menschen in den Fenstern wagen sie nicht, einzugreifen. "Hamburger, wählt KPD/ML, Liste 9!" So geht die Rede über den Lautsprecher.

"Jagt zum Teufel die Herren übernehmt die Fabriken und zerschlagt ihren Ausbeuterstaat" — so schallt das Arbeiterlied durch die Straßen. Der Lautsprecherwagen fährt in den nächsten Stadtteil.

Leserbrief zur Wahl

BRIEF EINES HAMBURGER ARBEITERS AN DAS PARTEIBÜRO DER KPD/ML IN HAMBURG ANLÄSSLICH DER WAHL

Liebe Genossen!

"Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der bürgerlichen Demokratie verfaulen" (Ernst Thälmann). Das riefen wir von 1918 bis 1933. Das will auch heute wieder die revolutionäre Jugend. Das will auch wieder 00% der unterdrückten Bevölkerung. Die KPD/ML wählen am 3.3. mehr, als Ihr denkt!!

Klärt die Massen der westdeutschen Bevölkerung auf, denn nur Ihr könnt klar aufzeigen, wo die Ausbeutung und Unterdrückung stehen. Ruft die unterdrückten Massen weg vom Wahlkarren der SPD FDP und CDU/CSU, vor dem sie nur die kapitalistische Macht über sich verstärken... Laßt nicht zu, daß sich die resignierenden, unterdrückten Menschen weiter belügen und verdummen lassen. Zeigt den Unterdrückten Menschen den Weg zur Befreiung vom kapitalistischen Joch, Ausbeutung und Unterdrückung. Hört die Stimmen der alten KPD-Leute, die wissen, was sie wollen! Verstärkt Euren Kampf in Steilshoop und Mümmelmannsberg (zwei Hamburger Arbeiterviertel). Klärt die Massen der Unterdrückten auf, klärt sie über die wahren Zustände, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation, sinnlose Umweltzerstörung, Zerstörung der Lebensräume für Mensch und Tier, auf!

Identifiziert Euch nicht mit den Sozialfaschisten Stoph und Honnecker, denn kein Unterdrückter will diese eingemauerte "Freiheit"

Ein alter Arbeiter aus Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Polizeiüberfall auf KPD/ML - Kandidaten

- Nach dem Wahlgesetz steht allen Parteien eine Sendezeit im Rundfunk zu. Die KPD/ML erfährt von ihrem Termin erst einen Tag vorher. Trotzdem wird noch rechtzeitig ein Programm zusammengestellt - und abgelehnt. Der Justitiar des NDR, Grossmann verbietet die Sendung. Begründung: die Sendung ist verfassungsfeindlich.

- Am 16./17. 2. schließlich überfallen Polizisten einen angemeldeten Informationsstand der KPD/ML, an dem die Kandidaten Karl Klingemann und Ernst Aust zu den Hamburgern sprechen. Gellendes Pfeifkonzert und Pfui-Rufe ertönen, als sich die Polizei auf die beiden Genossen stürzt. Im Nu kommen bald 400 Hamburger zusammen und protestieren laut: "Wie dreiunddreißig" - "Bullenverbrecher". Genossen und Passanten verhindern, daß Genosse Ernst Aust in die Hände der Polizei fällt. Genosse Karl Klingemann, den die Polizei schon in ihren Einsatzwagen geschleppt hat, wird wieder befreit. Ein Passant allerdings und ein Genosse des "K"B werden festgenommen.

— Ein Genosse klebt in Wilhelmsburg drei kleine Aufkleber auf einen Telephonverteiler. Ein Einsatzwagen kommt angefahren, drei Polizisten springen heraus und verlangen den Ausweis des Genossen. Als er fragt, warum, wird er durchsucht, Rote Morgen und Flugblätter werden ihm abgenommen - in den Polizeiwagen gezerrt und auf dem 17. Polizeirevier geschlagen.

— Von den Mitgliedern des AP-trupps "Rotes Sprachrohr' verlangt die Polizei ebenfalls die Personalien. Begründung: Ihr seid neun Mann und führt eine unangemeldete Demonstration durch. Als die Genossen die Personalien verweigern und kämpferisch gegen die Polizei auftreten, zieht sie allerdings wieder ab.

Dieser Terror gegen unsere Wahlpropaganda und unsere Genossen soll die KPD/ML einschüchtern. Das Gegenteil ist der Fall. Denn nichts zeigt deutlicher die Angst der Bourgeoisie vor der Wahrheit, nichts zeigt deutlicher, daß die Partei gute Arbeit geleistet hat für die Verwirklichung ihres Programmes: den bewaffneten Sturz der Ausbeuterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!

Erich Weinert

Klassengenossen, in welchen Lagern
ihr stehen mögt:
hat euch das Wort der Regierung
nicht tief zu denken gegeben:
"Alle Parteien sind zugelassen,
am Sender Wahlpropaganda zu
treiben -
Mit Ausnahme der Kommunisten'!"

Noch einmal - hört alle aufmerksam
zu:
"Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!"

Wißt ihr denn, was das bedeutet?
Wißt ihr denn, was sie damit gesagt
haben?
Alle Parteien durchkreuzen der
Regierung
nicht die "gottgewollte Regelung
der Dinge"
"Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!"
Alle Parteien rühren nicht an der
Ordnung
der Kirche, des Kapitals und der
Volksentrechtung.
"Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!"
Ja, Klassengenossen, das ist die Wahrheit!
Die Regierung hat die Wahrheit gesprochen.

Die Regierung, die Bastei des Profits,
sie wird jeden Aufruf ersticken,
der den Brand in die Festung schleudert.

Sagten nicht die Sozialdemokraten:
Wir stürzen den Kapitalismus!?
Glaubt ihr, Klassengenossen, wenn
dem so wäre,
glaubt ihr, wenn die Regierung nicht
wüßte:
dieser Sturm kommt nur aus der
Windmaschine,
glaubt ihr, sie ließe die Sozialdemokraten
am Sender sprechen?

Sagten nicht die Nationalsozialisten:
Wir stürzen den Kapitalismus!?
Meint ihr denn, der Generalstab des
Kapitals
ließe die Nationalsozialisten ans Mikrophon,
wenn er nicht wüßte,
daß diese seine getreuen Dienstmänner sind?

Klassengenossen, wo ihr auch stehen
mögt:
hat die Regierung nicht die Verfassung beschworen?
Zerreißt sie nicht dieselbe Verfassung,
da sie der Partei der Arbeiter-
Staatsbürger
das Recht der Propaganda zertritt?
Welche Furcht müssen die Herrschenden haben
vor der Propaganda der Freiheit,
welche Furcht vor der Wahrheit!

Alle werden ihr Äthersprüchlein
aufsagen,
die Schwachköpfe des Liberalismus,,
die Militäranwärter des dritten Reiches,
die Eiferer der heiligen Inquisition,
die weinernden Bittsteller der SPD,
alle, die den Tod der morschen
Bastei
mit dem Mörtel der Volksgemeinschaf. kitten,
"Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!"

Denn alle werden
den Ausweg nach rückwärts empfehlen.
Alle werden die
Ordnung der Unterdrücker verewigen,
die einen aus machtrohem Trieb,
die einen aus Hilflosigkeit.
Alle -
Alle - mit Ausnahme der Kommunisten!"
Klassengenossen, in welchen Lagern
ihr stehen mögt:
hier ist das Attest,
ausgestellt von der Reaktion:
Sie kennt nur einen Feind -
die Kommunisten!

Sie glaubten, uns zu beleidigen.
Aber sie haben es nicht bedacht,
wie sehr sie uns ausgezeichnet
haben.

Anmerkung: Die Rolle der Sozialdemokraten, die Erich Weinert in diesem Gedicht geißelt, haben heute die modernen Revisionisten von der D'K'P übernommen.

Wachsende Mutter - und Säuglingsterblichkeit

'Na ja, bis zur Geburt ist ja noch Zeit...'

Wenn man in Zeitungen und Fernsehen heute sieht und liest, mit welch bewegten Worten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, der Regierung und Kirchen sich für den "Schutz von ungeborenem Leben" einsetzen, wenn es um den Abtreibungsparagraphen geht - wird einem übel, wenn man diese Worte mit der Wirklichkeit in unserem Land vergleicht.



Stundenlanges Warten ohne Aussicht auf gute ärztliche Behandlung

Die gleichen Leute, die hier zynisch über die Probleme und Nöte der arbeitenden Bevölkerung hinwegreden, tragen die Verantwortung dafür, daß durch die katastrophal unzureichende medizinische Versorgung die Mütter - und Säuglingssterblichkeit in der DBR ständig wächst.

Wie das zustandekommt, kann ich mir aus eigener Erfahrung lebhaft vorstellen. Ich erwarte gerade mein zweites Kind. Ich suchte in Bochum wegen der Schwangerschaftsuntersuchung eine Frauenärztin auf. Die Praxis gleicht einem Taubenschlag, die 'Untersuchung' durch die Arztin ist in weniger als einer Minute abgewickelt und beschränkt sich auf das Abhören der Herztöne des Kindes und Blutdruckmessen durch die Assistentin. Ich habe bei drei derartigen Arztbesuchen versucht, eine Blutuntersuchung auf Antikörper, wegen Rhesusunverträglichkeit, die bei mir vorhanden ist, zu erreichen - jedoch ohne Erfolg. Erst als ich bei meinem vierten Besuch die Arztin am Ärmel festhielt, da sie nach Abhören der Herztöne wieder zur nächsten Patientin eilen wollte, und sie auf die Gefahr der Antikörperbildung im siebenten Monat und die dabei entstehenden Schäden für Mutter und Kind aufmerksam machte, wurde die Untersuchung gemacht. Allerdings mit der Bemerkung, na ja, bis zur Geburt ist ja noch Zeit, regen sie sich nicht auf - heute ist das nicht mehr so schlimm.

Natürlich weiß sie als Arztin, daß die Mittel, die es heute gibt, nur eingesetzt werden können, wenn man die Krankheit erkennt. Sie weiß auch, daß eine Frühgeburt möglich ist, und dann eine Blutuntersuchung unmöglich. Sie weiß auch, daß das sogar den Tod oder schwere geistige und körperliche Schaden beim Kind bedeuten kann.

Die nächste Pleite erlebte ich auf der Suche nach einer Stelle für Schwangerschaftsgymnastik, die die Geburt bekanntlich erheblich erleichtert. Nachdem ich von Arzt und Klinik die Auskunft erhalten hatte, daß es sowas in Bochum nicht gibt, fand ich zufällig heraus, daß es in dieser Riesenstadt tatsächlich doch eine einzige Stelle dafür gibt. Inzwischen ist es zu spät für mich, weil in den nächsten Wochen die Geburt fällig ist. - In der Klinik mit der größten Säuglingssterblichkeit NRW der Bochumer Landesfrauenklinik.

Gerade hier im Ruhrgebiet, wo eine große Konzentration von Arbeitern ist - ist die medizinische Versorgung besonders schlecht. Meine Erfahrungen sind kein Einzelfall, denn die Frauen in meiner Nachbarschaft bestätigen das. Daß ein Arzt mehr nach dem Krankenschein als nach der Gesundheit sieht, ist zwar nicht immer der Fall, aber in diesem System die Regel.

Das Gesundheitswesen ist wie alles in dieser kapitalistischen Gesellschaft auf Maximalprofit ausgerichtet. Solange die Menschen arbeits- sprich ausbeutungsfähig gehalten werden, ist für die Herrschenden alles in Ordnung. Solange die Kapitalistenklasse bei uns herrscht, wird die Gesundheit der Menschen nur so weit erhalten, wie es für sie rentabel is

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

"Weg mit dem Todesurteil gegen Puig Antich !"

unter dieser Parole demonstrierten am 16. 2. in Düsseldorf über 1 000 Menschen gegen den Yankee - Franco-Faschismus. Die Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front, (FRAP), die einzig legitime Vertreterin des spanischen Volkes, führte den Demonstrationszug an. Es folgte ein Block der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, der KPD/ML und der Roten Garde. Die ATÖF, Studentenföderation der Türkei und die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten sowie verschiedene revolutionäre Organisationen aus Westdeutschland wie die GRF und die Liga folgten.

Genossen, die Flugblätter und eine gemeinsame Erklärung der PCE/ML und der KPD/ML verteilten, berichteten, daß die Bevölkerung empört über diesen geplanten Mord an einem Revolutionär - diese Demonstration begrüßte. Aus einem Fenster wurde sogar ein rotes Tuch herausgehängt.

Das spanische Konsulat in Düsseldorf war mit einem Riesenaufgebot von Polizei abgeriegelt. Von allen Seiten anrückende Polizeieinheiten versuchten die Demonstranten einzuschüchtern. Sie konnten aber nicht verhindern, daß Redner verschiedener Organisationen in einer Kundgebung zum revolutionären Kampf gegen den Yankee-Franco-Faschismus und seine westdeutschen Komplizen aufriefen. Die abschließende Kundgebung, die fast eine Stunde dauerte, war für jeden Zuschauer und Demonstranten ein Beweis für die feste Verbundenheit zwischen den fortschrittlichen Menschen und dem um seine Befreiung kämpfenden spanischen Volk, das zum Kampf vereint ist in der FRAP und geführt wird von der PCE/ML.



Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Im palästinenschen Befreiungskampf -

Arbeiter und Bauern unterstützen Guerilla - Kämpfer



Bei der Genfer Konferenz versuchen die Supermächte, dem palästinensischen und den anderen arabischen Völkern ihren "Frieden" aufzuzwingen. Mit einer großangelegten Propagandakampagne, mit Erpressung und Drohung versuchen sie, und vor allem auch die modernen Revisionisten aller Länder, das palästinensische und die anderen arabischen Völker dazu zu überreden, die Waffen aus der Hand zu legen und auf eine Lösung ihrer Probleme am Verhandlungstisch zu setzen. Die nachfolgende Reportage der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua während des letzten Nah-Ostkrieges zeigt, daß das palästinensische Volk und seine Befreiungsarmee entschlossen sind, im Volkskrieg bis zur endgültigen Vertreibung der israelischen Aggressoren und der Errichtung eines freien Palästina auszuharren.

"Die palästinensischen Guerillakämpfer kommen aus dem Volk, sie kämpfen für das Volk sie werden vom Volk unterstützt und sie kämpfen zusammen mit dem Volk.

Während des Oktoberkrieges kämpften Angehörige der Volksmiliz und Soldaten Schulter an Schulter und standen zusammen Wache. Arbeiter und Bauern spendeten Blut und gaben Geld. Die Frauen übernanmen Spezialaufgaben bei der ersten Hilfe und bei den Patrouillegängen.

Abou Atef, ein älterer Mann, setzte sein Leben aufs Spiel, um den Kämpfern dreimal am Tag Nahrung zu bringen. Er sagte: "Wenn ich auch alt bin, kann ich doch noch für die Revolution arbeiten. Es kann sein, daß ich nicht mehr in meine Heimat zurückkehren kann, aber unsere jüngere Generation wird sicher dorthin zurückkehren."

Der 3o Jahre alte Ibrahim, Vater von acht Kindern, ging jede Nacht während des Oktoberkrieges ,zwei Stunden auf Patrouille - trotz seiner Arbeitsüberlastung.

Ungeachtet des harten Kampfes, der vor ihnen steht, ist das palästinensische Volk entschlossen, im langandauernden Kampf bis zum endgültigen Sieg auszuharren.

Georges, ein verantwortlicher Gewerkschafter, erzählte dem Korrespondenten am Vorabend des 9. Jahrestags des bewaffneten palästinensischen Befreiungskampfes: "Wir Arbeiter sind entschlossen, die Revolution bis zu Ende zu führen. Natürlich werden wir auf die verschiedensten Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen während des Kampfes, aber, so lange wir auf unsere eigene Kraft vertrauen und am bewaffneten Kampf festhalten, werden wir alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden, und schließlich den Sieg erringen. Er fügte hinzu: "Wir wissen, handeln wir so, können wir gewisse 'Freunde' verlieren, aber wir werden niemals über unsere Prinzipien mit uns handeln lassen."
Unsere Parole heißt: Revolution bis zum Sieg."

An einem anderen Stützpunkt sagte Marwan, ein Truppenführer, unserm Korrespondenten:

"Wir sind entschlossen, unsere nationalen Rechte zurückzuerobern. Uns ist klar, daß am Verhandlungstisch nichts zu erreichen ist, das nicht auf dem Schlachtfeld erkämpft wird."

Gemeinsam gegen Cabora Bassa

Cabora Bassa ist ein Riesenstaudamm in Südafrika. Bauherren sind portugiesische, britische, westdeutsche Imperialisten, beteiligt sind das reaktionäre Regime in Südafrika und die rhodesischen Rassisten. Cabora Bassa soll ihnen die Energie liefern, um in großen Fabriken die Bodenschätze Afrikas gleich an Ort und Stelle verarbeiten zu können. Allerdings gehören den Imperialisten weder diese Bodenschätze noch das Land, auf dem Cabora Bassa gebaut wird. Das Land gehört dem Volk Mozambiques, das unter der Führung der Frelimo seit Jahren mit immer größeren Erfolgen den Volkskrieg gegen die Imperialisten führt. Zu den Mitverantwortlichen am Völkermord der Besatzer gehören auch die westdeutschen Imperialisten, gehören Firmen wie AEG, Siemens, Krupp usw.

In einem Artikel des "AEG-Arbeiters", Betriebszeitung der KPD/ML bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin heißt es dazu:

"Vor einiger Zeit wurden Unterschriften gesammelt für einen Vortrag über Cabora Bassa, den ein Ingenieur, der selbst in Mozambique war, halten wollte. Als die Geschäftsleitung das große Interesse der Kollegen feststellte, wurde der Vortrag verboten. Da in nächster Zeit wieder Monteure nach Mozambique geschickt werden sollen, und manche sich auf Grund der Situation dort unten nicht entscheiden können, wollte ihnen die Geschäftsleitung die Sache schmackhaft machen. Diesmal wurde nur ein kleiner Kreis eingeladen, hauptsächlich die Kollegen, die als Monteur für Cabora Bassa in Frage kommen.

UNSER PALTZ IST AN DER SEITE DES KÄMFPENDEN VOLKES

"Denn wir sind Arbeiter und haben kein Interesse daran, fremde Länder und Menschen auszubeuten. Deshalb fordern wir alle Kollegen auf, sich nicht von den Bonzen kaufen zu lassen. Wir fordern auch alle auf, keine Überstunden für das Projekt Cabora Bassa zu machen. Damit unterstützen wir den Kampf der Frelimo. Wenn wir die Produktion verzögern, kann sich in dieser Zeit die Frelimo stärken."

Doch auch diese Veranstaltung wurde bekannt und daraufhin von der Geschäftsleitung abgesagt und hinter verschlossenen Türen durchgeführt.

Es ist offensichtlich, die AEG-Bosse haben Angst davor, daß die Arbeiter und die Monteure sich mit dem Befreiungskampf des Volkes von Mozambique solidarisieren und den Kampf gegen die imperialistische Raub - und Unterdrückungspolitik der AEG-Bosse aufnehmen.

Mit Lüge und Bestechung wollen sie Verbündete gegen die Interessen des Volkes von Mozambique gewinnen. "Sie wollen uns vormachen, wie schön es in Mozambique ist und was man für einen Verdienst erzielen kann, wenn man dorthin auf Montage fährt. Sie versuchen unsere schlechte Lage auszunutzen und uns zu Handlangern ihrer Kolonialpolitik zu machen. Wenn wir uns dafür hergeben, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir von der Frelimo als Handlanger bekämpft werden."

CHINA UND ALBANIEN Justiz des Volkes!

"Kampf der Klassenjustiz" heißt eine der immer wiederkehrenden Spalten im ROTEN MORGEN. In Hunderten Beispielen haben wir in den letzten Nummern gezeigt, welche Bedeutung der Justizapparat für die Bourgeoisie hat.

Justiz - unter den Bedingungen des Kapitalismus, ist das eine Waffe in den Händen der Kapitalisten zur Unterdrückung und Knechtung des Volkes.

Justiz - das bedeutet im Sozialismus ein Werkzeug in der Hand des werktätigen Volkes für die Festigung der Diktatur des Proletariats über die ehemaligen Ausbeuterklassen. Zugleich wird sie zum wichtigen Instrument der Partei und des Staates bei der Ausrottung der alten, verfaulten, bürgerlichen Ideen, bei der Erziehung des neuen sozialistischen Menschen.



Wenn, wie in München, eine alleinstehende Frau, die für sich und ihre sieben Kinder nur etwa 600 DM monatlich Unterstützung erhält, für den Diebstahl von Mehl, Zucker, Brot und Milch für ein Jahr ins Gefängnis geworfen wird - dann ist das bürgerliche Klassenjustiz, die das Elend des Volkes vergrößern und verewigen will.

Wenn ein Lehrling, der schwarz mit der Straßenbahn gefahren ist, zu einem Jahr Haft verurteilt wird, ein Staatsanwalt aber, wie in Schleswig-Holstein geschehen, beim Diebstahl von Waschpulver erwischt, wegen "mangelnder Zurechnungsfähigkeit" freigesprochen und dann zum Oberstaatsanwalt befördert wird - dann ist das bürgerliche Klassenjustiz, die ihre Handlanger schützt, Menschen aus dem Volk aber knebelt.

Wenn ein Kapitalist Obsttüten aus giftigen, gesundheitsschädigenden Substanzen herstellt und ein Richter zu diesem Verbrechen nur feststellt: "Das ist nicht strafbar, der Mann muß schließlich auch was verdienen" - dann ist das bürgerliche Klassenjustiz, die ihr oberstes Gesetz in der Profit- und Machtgier der Bourgeoisie sieht.

Wenn ein alter Nazirichter wie Friedrich Mattern, der unter den Hitlerfaschisten Arbeiter zum Tode verurteilte, in der "Freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik" wieder "Recht" sprechen darf;

Wenn ein Polizist einen Menschen hinterrücks abknallt, und dann nicht einmal angeklagt wird;

wenn jedoch ein Revolutionär wie Horst Mahler für "versuchten Mord an Polizisten", der nicht einmal nachzuweisen war, für 12 Jahre hinter Gitter muß;

wenn ein Genosse wie Sascha Haschemi für die Teilnahme an einer Demonstration 18 Monate Strafe erhält und als deutscher Kommunist nach Persien ausgewiesen werden soll -

dann ist das bürgerliche Klassenjustiz, die mit reaktionärem Terror die revolutionäre Gewalt zerschlagen will.

Richter, die als "Beamte auf Lebenszeit" vom bürgerlichen Staat eingesetzt und bezahlt, heute vom Verfassungsschutz auf ihre "Staatstreue" hin abgehorcht werden; Gesetze, die nicht das Volk, sondern Profit und Macht der Bourgeoisie schützen, die, wie die Staatsschutzgesetze, jede revolutionäre Regung des Volkes mit Gewalt unterdrücken; Gefängnisse, in denen Häftlinge aus dem Volk bis aufs Blut ausgebeutet und als billige Arbeitssklaven vom Staat an die Konzerne vermietet werden, zu körperlichen und seelischen Krüppeln gemacht werden; in denen politische Gefangene systematisch krank gefoltert werden - das ist Klassenjustiz im Kapitalismus: Ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes, ein Teil des bürgerlichen Staatsapparates, der die Diktatur der Bourgeoisie sichert.

Klassenjustiz im Sozialismus - fest in der Hand des Volkes!

"Die öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht nur aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art" sagt Friedrich Engels. Auch der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats, braucht Gesetze und Richter. Auch im Sozialismus ist Justiz parteilich, Klassenjustiz. Sie hilft dem Volk und seinem Staat, die ehemaligen Ausbeuter niederzuhalten, jeden Versuch, die Ordnung des Volkes zu stören, zu unterdrükken, jeden Sabotageakt am Staat der Werktätigen streng zu bestrafen.

Gegenüber Menschen aus dem Volk aber, die die alten bürgerlichen Ideen noch nicht abgelegt haben, die Fehler machen und deshalb der sozialistischen Ordnung Schaden zufügen, ist die proletarische Justiz milde: Nicht Strafe führt solche Menschen auf den Weg des Sozialismus, sondern geduldige Überzeugungsarbeit; nicht in dunklen, stikkigen Gefängniszellen entwickelt sich der Neue Mensch, sondern durch die freundschaftliche Erziehung der Partei und der Massen.

So liegt unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats auch die Justiz fest in der Hand des Volkes. Wie die Leiter der Fabriken, der Kommunen, des Staates, werden auch die Richter in regelmäßigen Abständen vom Volk gewählt. Ihre ständige Kontrolle durch die Werktätigen garantiert, daß sie sich nicht vom Recht des Volkes entfernen, zu "Gerichtsmaschinen" entarten, daß kein Bürokratismus sich im Justizapparat breitmachen kann. Erst vor knapp zwei Monaten wählte das albanische Volk, zusammen mit den Volksräten der Dörfer, der Stadtbezirke, der Städte und Bezirke auch neue Volksgerichte.

Proletarische Justiz - milde gegenüber dem Volk!

Nicht bei jeder Verfehlung eines Menschen aus dem Volk müssen diese Gerichte angerufen werden. Die Erziehung dieser Menschen ist eine direkte Aufgabe der Massen selbst. Nehmen wir nur ein Beispiel, aus der Volksrepublik China:

In einem Krankenhaus verschwinden Gegenstände. Bei Nachforschungen zeigt sich: Nur eine Krankenschwester kann die Diebin sein. Aber niemand schreit hier nach dem Staatsanwalt, nach einem Prozeß! Auf einer Belegschaftsversammlung diskutieren die Arbeiter des Krankenhauses über die Angelegenheit: Warum hat die Genossin gestohlen und damit anderen Menschen aus dem Volk Schaden zugefügt? Sieht sie nicht, daß ein solches Verhalten Mißtrauen sät, die Massen spaltet, bürgerliche Raffgier fördert und damit dem Aufbau des Sozialismus schadet? Trotz aller freundschaftlichen Ermahnungen weigert sich die Schwester, den Diebstahl zuzugeben und Selbstkritik zu üben. Sie ist ein krankes Glied in der Gemeinschaft des Krankenhauses, dessen Heilung ihre Kollegen, Nachbarn, Verwandte behutsam in die Hand nehmen. Sie wird bei vollem Lohn von der Arbeit beurlaubt, um ihr noch mehr Zeit für ideologische Studien zu geben. Immer wieder diskutieren Ärzte, Pfleger, Nachbarn mit ihr. Wochenlang geht dieser Kampf um ihre ideologische Erziehung - bis sie von ihren Fehlern überzeugt wird und Selbstkritik übt.

Nur dort, wo die Erziehungsarbeit des Kollektivs nicht zum Ziel führt, wenden sich die Werktätigen in solchen Fällen an die Gerichte, bitten sie ihren Staat um Unterstützung, um die Erziehungsarbeit besser voranzutreiben. Auch in den öffentlichen Gerichtsverhandlungen stützt sich die Justiz fest auf das Urteil der Massen. Arbeitskollegen, Nachbarn, Freunde des Beschuldigten werden zur Beratung eingeladen. "Geheimjustiz", wie sie in unserem Land immer wieder von der herrschenden Klasse praktiziert wird, gibt es nicht im Sozialismus. Richter, Staatsanwalt, Zuschauer und der Angeklagte selbst diskutieren die Schuld des Genossen, erwägen Maßnahmen zu seiner Erziehung. Gemeinsam finden sie auch das Urteil.

Auch Gefängnisse gibt es nicht im Sozialismus für Menschen aus dem Volk. Wer verurteilt werden muß, der wird nicht bei Wasser und Brot eingesperrt, sondern in ein Umerziehungslager gebracht. Hier kann er in seinem Beruf weiterarbeiten, er erhält vollen Lohn - während ein Gefangener bei uns nur einige Pfennige für acht Stunden Knochenarbeit täglich bekommt und damit die Kasse der Kapitalisten füllt - kann Besuch empfangen. Besonderen Wert wird auf die ideologische Schulung des Bestraften gelegt: Noch mehr Zeit investieren seine Lehrer und Wärter in die Überzeugungsarbeit, als je an seinem Arbeitsplatz, in seinem Wohngebiet zur Verfügung stand.

So dient die Justiz im Sozialismus als Mittel, die Widersprüche im Volk zu lösen. In jedem sozialistischen Land ging nach der proletarischen Revolution die Kriminalität schlagartig zurück. Denn mit dem kapitalistischen System verschwinden auch die Ursachen für Raub und Diebstahl, Mord und andere Verbrechen. Die Justiz wird nun zu einem Werkzeug des Volkes, die Überreste der bürgerlichen Ideen an dieser Front zu bekämpfen. Seit Jahren geschah in Albanien kein Mord mehr - in einem Land, das bis zur Befreiung noch die Blutrache kannte! Die häufigsten Delikte, die bestraft werden müssen, sind kleine Diebstähle, Raub, Überfälle, Vergewaltigungen, Rockerunwesen, Rauschgiftverbrechen, das alles gibt es nicht mehr.

Wie anders sieht das doch in unserem eigenen Land aus, wo gerade die Kapitalverbrechen immer mehr zunehmen. Wie anders auch in den revisionistischen Staaten, wie der Sowjetunion, die nicht mehr verheimlichen kann, daß die Gewaltverbrechen anwachsen.

Proletarische Justiz - unerbittlich gegenüber Klassenfeinden!

Hart und unversöhnlich dagegen schlägt die proletarische Klassenjustiz zu gegenüber Feinden des Volkes. Ohne Gnade werden solche Elemente verurteilt, ins Gefängnis geworfen oder liquidiert. Der Konterrevolutionär Yang Guo-tsching etwa, der 1966 versuchte, ausländische Diplomaten zu ermorden, um die guten Beziehungen der VR China zu den übrigen Ländern der Welt zu stören, wurde zum Tod verurteilt und sofort erschossen, da er auf seinen volksfeindlichen Absichten beharrte. Über diesen Prozeß berichtet die Peking Rundschau: "Die Volksmassen waren über das Verbrechen dieses unverbesserlichen Konterrevolutionärs sehr empört und verlangten eine schwere Strafe... Mehr als 13.000 Personen aus allen Berufszweigen waren anwesend... Vertreter von Arbeitern, Bauern und Studenten, von Kommandeuren und Kämpfern der Volksbefreiungsarmee, von Regierungsfunktionären und anderen waren auf dieser öffentlichen Sitzung zugegen. Sie riefen Losungen aus. Darin kam die entschlossene Unterstützung des Urteils zum Ausdruck wie auch die Forderung, alle Konterrevolutionäre restlos zu beseitigen und die Diktatur des Proletariats zu festigen.

Anders als die bürgerliche Klassenjustiz scheut die proletarische Justiz auch in solchen politischen Prozessen nicht das Licht der Öffentlichkeit. Zuschauer werden nicht ausgeschlossen und verhaftet, sondern die Partei mobilisiert die Massen, die hier ihren Kampfgeist stählen können und beitragen zur gerechten Bestrafung solcher Verräter. Tausende forderten in den Dreißiger Jahren in der sozialistischen Sowjetunion vor Gericht und durch Demonstrationen die Todesstrafe für die Verbrecher der Sinowjew-Kamenew-Clique.

"Schauprozesse", geifert die bürgerliche Hetzpresse gegenüber solchen Volksgerichten. "Pöbel" nennt ein Verbrecher wie Solschenyzin das Volk, das damals die scharfe Bestrafung der Agenten des Imperialismus verlangte. In Wahrheit geht es solchen Elementen nur darum, das Volk aus den Gerichtssälen draußen zu halten.

Mao Tsetung sagt: "Die ausländischen Reaktionäre, die uns der 'Diktatur' oder des 'Totalitarismus' zeihen, sind selbst Diktatoren bzw. totalitäre Machthaber. Sie üben die Diktatur, die totalitäre Herrschaft einer einzigen Klasse, der Bourgeoisie über das Proletariat und das übrige Volk aus."

Rechtssprechung "im Namen des Volkes" - im Kapitalismus ist das nichts weiter als eine Verhöhnung der Massen. Denn überall dort, wo das Volk sein Recht fordert, wird es von der Klassenjustiz geknebelt, nicht anders als von Polizei und Bundesgrenzschutz.

Unter der Diktatur des Proletariats dagegen ist die Justiz die Angelegenheit des Volkes selbst. So, wie die werktätigen Massen unter der Führung der Partei die Politik, die Produktion, ihr Zusammenleben, die Angelegenheiten des Staates selbst organisieren, und die Durchführung überwachen, so gebraucht die Arbeiterklasse auch die Justiz als Waffe im Kampf gegen die unterdrückte Bourgeoisie, als Waffe bei der Erziehung des neuen, sozialistischen Menschen.

Oßwald/Schulte - Prozeß in Dortmund:

Interview mit dem Genossen Oßwald

"Dieser Prozeß ist kein Angriff auf mich, sondern auf den Kommunismus"

Am 22. 2. 1974 beginnt der Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte, die als "Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung" angeklagt sind, weil sie presserechtlich verantwortlich für verschiedene Publikationen der durch den ideologischen Kampf längst zerschlagenen GRF waren, die sich unverschämterweise KPD/ML nannte. Einer der Angeklagten, Genosse Norbert Oßwald, beantwortete dem ROTEN MORGEN einige Fragen.

RM.: Genosse, dieser Prozeß ist nicht der erste Angriff der Klassenjustiz gegen dich. Mit den verschiedensten Mitteln hat der Klassenfeind versucht, dich "kleinzukriegen".

Gen. Oßwald: Ich bin bisher aus drei Arbeitsstellen entlassen worden. Die Bourgeoisie wollte mir meine Existenzgrundlage rauben und damit ihre Stärke beweisen. Tatsache ist aber, daß alle ihre Schläge nur dazu führten, daß der Kreis der Revolutionäre wuchs. Nach meiner Entlassung aus der Berufsschule in Bochum machten Schüler spontan Versammlungen in den Pausen und zogen in einer Demonstration zum Schulamt und forderten in einer Protesterklärung "daß Lehrer Oßwald, Mitglied der KPD/ML, wiedereingestellt wird." Ich erhielt dann auch eine Einstellung, allerdings an einer anderen Bochumer Schule. Hier wurde ich direkt auf Weisung des Innenministeriums entlassen. Erfolg: die Bewegung erfaßte jetzt sämtliche Bochumer Schulen, Schüler gaben selbständig Flugblätter heraus, 800 Menschen demonstrierten für meine Wiedereinstellung. Obwohl ich nicht wiedereingestellt wurde erlitt die Bourgeoisie eine Niederlage, nicht die Revolution. Für viele Schüler war dies ihre erste Kampferfahrung, sie lernten zum Beispiel, eine Versammlung, die ihnen verboten wird, mit Gewalt durchzusetzen. Sehr viele von ihnen arbeiten heute immer noch in revolutionären Organisationen.

Ich mußte schließlich aus NRW fortgehen, um überhaupt noch Arbeit zu bekommen. Aber auch bei Siemens in München bekam ich bald die Entlassung. Und zwar auf Anweisung höchster Siemens-Stellen, die in der Datenbank in Frankfurt schwarze Listen über Kommunisten und fortschrittliche Menschen führen. Anzunehmen ist, daß der Verfassungsschutz hier die treibende Kraft war. Nach Aussagen eines gewissen Bürger vom Verfassungsschutz will die Bourgeoisie mich als Kommunisten nirgendwo mehr lange arbeiten lassen.

RM.: Am 22. 2. und in den folgenden Tagen wird der Kampf für dich vor dem Klassengericht weitergehen. Formal läuft die Anklage gegen dich und gegen die Gruppe Rote Fahne Bochum. Worum geht es wirklich?

Gen. Oßwald: Dieser Prozeß ist kein Angriff auf mich, sondern auf den Kommunismus. Meine Person ist für die Bourgeoisie nur interessant, weil ich für sie ein Vertreter des Kommunismus bin. Genausowenig richtet sich dieser Prozeß hauptsächlich gegen die GRFB, sondern gegen die KPD/ML. Die GRFB hat sich in ihrer ganzen Politik dem modernen Revisionismus stark angenähert und durch die Verwirrung, die sie so, noch dazu unter dem Namen KPD/ML, in die Arbeiterklasse getragen hat, objektiv die Bourgeoisie unterstützt. Dieser Verrat bot zugleich eine leichte Angriffsstelle für die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat zuerst die GRFB angegriffen, weil sie wußte, daß sie nicht kämpfen, sondern um demokratische Rechte betteln würde. Sie hat die Anklage wegen "krimineller Vereinigung" auch nach Auflösung der GRF aufrechterhalten, weil sie hoffte, die Partei werde das Spiel nicht durchschauen und den Kampf nicht aufnehmen. Aber sie hat sich getäuscht. Die Partei hat den Kampf aufgenommen. Und auch ich werde im Prozeß die Waffen der Bourgeoisie gegen sie selber kehren. Ich weiß, hinter mir steht die Partei, ich kann mich auf eine feste Solidarität stützen, die Kräfteverhältnisse sind günstig für uns. **Im Prozeß wird sich beweisen: Der Stein, den sie erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.**

Freispruch für Ralf Schneider !

Im Februar 1973 hatte die KPD/ML in Mannheim ein Flugblatt verteilt, in dem zum Kampf gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr aufgerufen wurde und praktische Ratschläge gegeben wurden. Der presserechtlich Verantwortliche, Ralf Schneider wurde deshalb angeklagt wegen "Aufruf zu strafbaren Handlungen, Beihilfe zur Beförderungserschleichung."

Der Landesverband Südwest der KPD/ML hatte am 2. 2. zu einer Demonstration gegen die Klassenjustiz aufgerufen. Etwa 130 Menschen demonstrierten durch Mannheim. Im Prozeß am 6. 2. erzwangen die Zuschauer, daß das Verfahren in einen größeren Raum verlegt wurde, so daß alle Freunde und Genossen Platz fanden. Der Prozeß selbst begann mit dem Antrag des Richters, ihn gleich wieder zu beenden, weil ein Zeuge der



bürgerlichen Klassenjustiz nicht erschienen sei. Genosse W.S., mitangeklagt, entlarvte dies gleich als ein Manöver, die entstandene Kampffront zu zerstören. Aber darauf hofft die Klassenjustiz vergeblich.

Von Isolierhaft bedroht

Alle acht Revolutionäre, die am 4.2. in Hamburg und München verhaftet wurden, sind weiter in Haft. Nachträglich wurde auch gegen Genossen Becker, der als Rechtsanwalt Ulrike Meinhoff, Margit Schiller, Angeklagte in den Prozessen wegen des Roten Antikriegstages und andere Revolutionäre in ihrem Kampf gegen die Klassenjustiz unterstützte, Anklage wegen Mitgliedschaft in der RAF erhoben. Allen acht Revolutionären droht wie Katharina Hammerschmidt, wie Astrid Proll und allen anderen Gefangenen RAF-Genossen jahrelange Untersuchungshaft und Folter. Im Fall von Monika Berberich, die über drei Jahre in Untersuchungshaft gehalten wird, hat sich inzwischen sogar die europäische Menschenrechtskommission an die Bundesregierung gewandt.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON RECHTSANWALT BECKER! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Darmstadt: Weg mit dem Maulkorberlaß !

Der Darmstädter Magistrat hat eine sogenannte "Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen und Plätzen" beschlossen. Versammlungen und Demonstrationen, freies Plakatieren, das Aufstellen von Informationsständen und Flugblattverteilen soll in Zukunft nur nach der Zensur der städtischen Behörden und nach der Bezahlung von horrenden Gebühren erfolgen. So sollen Flugblätter nur mit Genehmigung verteilt werden können und mit 20 DM pro Tag und Verteiler bezahlt werden.

Diese Satzung rief so heftige Proteste hervor, daß der Magistrat sie "zur Überarbeitung" zurückgezogen hat. Aber diese Satzung soll nicht "verbessert" werden, dieser Maulkorberlaß vor allem für die kommunistische Agitation und Propaganda muß weg. Um diesen Kampf zu organisieren, gründete sich am 15. 1. das Komitee: Weg mit dem Maulkorberlaß. Die dem "K"BW nahestehende "Kommunistische" Gruppe wollte den Kampf gegen die politische Unterdrückung unter der revisionistischen Parole "jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter" führen und bedauerte heftig, daß die D"K"P nicht an diesem Komitee teilnahm. Das Komitee führte auch gegen die Sabotage der "K"G am 9. 2. eine Demonstration unter revolutionären Parolen durch. Die KPD/ML betonte auf der Abschlußkundgebung, daß sich der Kampf gegen die politische Unterdrückung zugleich gegen den Verrat der modernen Revisionisten richten muß, die die Massen hindern wollen, zu erkennen, daß es nur in einem Gesellschaftssystem Freiheit und Demokratie für das Volk gibt: Unter der Diktatur des Proletariats.

Auf einer Veranstaltung gegen den Maulkorberlaß wurden 80 Unterschriften unter eine Solidaritätsresolution für den Genossen Sascha gesammelt.

Kampf den Ausbildungsverboten

Interview mit dem Genossen Meinhard S.

Das Berufsverbot für Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, nach dem fortschrittliche Menschen und Kommunisten nicht Lehrer, Verwaltungsbeamte oder Rechtsanwälte werden dürfen, wird immer mehr verschärft. Inzwischen verhindert der bürgerliche Staatsapparat sogar, daß fortschrittliche oder kommunistische Studenten ihre Ausbildung beenden können. In NRW, wo allein etwa 10 Lehrer auf Grund des Berufsverbotes nicht eingestellt werden, hat das Oberlandesgericht in Hamm (OLG) zwei Jurastudenten die Einstellung als Rechtsreferendare verweigert. Sie können ihre Ausbildung zum Rechtsanwalt nicht fortsetzen. Der ROTE MORGEN sprach mit einem von ihnen, Meinhard S.

RM: Sie haben im Herbst 1973 das juristische Staatsexamen abgelegt und sich beim OLG als Referendar beworben. Warum wurden Sie nicht eingestellt?

Meinhard S.: Lange Zeit wurde mir überhaupt nicht mitgeteilt, daß ich als "Linksradikaler' gelte. Das OLG hielt mich hin. "Eilig" war nur die Anfrage, wo ich in den letzten fünf Jahren wohnte. Damit begann wohl die Arbeit des Verfassungsschutzes. Dann wurde mir mitgeteilt, ich könne nicht eingestellt werden wegen eines Strafverfahrens, das gegen mich läuft. 1971 nahm ich an den Aktionen der Bochumer Studenten gegen Professor Scheuch, Mitglied des reaktionären "Bundes Freiheit der Wissenschaft" teil. Das war als Grund für die verweigerte Einstellung natürlich ziemlich fadenscheinig, denn die Sache liegt 3 Jahre zurück, ohne daß eine Hauptverhandlung angesetzt wurde. **Auf mein Drängen hin ließ das OLG dann die Katze aus dem Sack: Ich sei Mitglied des KSB/ML und habe Demonstrationen für die KPD/ML angemeldet.**

RM: Am 8. Februar fand das Einstellungsgespräch statt, bei dem Sie entgültig abgelehnt wurden. Wurden da weitere Gründe genannt?

Meinhard S.: Das war wohl eher ein Gespräch, um meine politische Einstellung auszuspionieren und mich zu erpressen. Einblick in die Unterlagen des OLG erhielt ich gar nicht. Ich konnte nur soviel sehen, daß dabei sehr alte Strafakten waren, die längst amnestiert sind, oder Strafbescheide wegen Falschparkens. Dafür war die erste Frage überhaupt: "Welcher Organisation gehören Sie an." Natürlich wies ich diese Gesinnungsschnüffelei zurück. **Das OLG verlangte von mir, ich müsse "überzeugend nachweisen", daß ich von meinen "alten Vorstellungen" abgerückt und aus dem KSB/ML ausgetreten sei.**

RM.: Wie sollte dieses "Abrücken" denn aussehen?

Meinhard S.: Als Beispiel nannte das OLG die Einstellung eines ehemaligen NPD-Mitgliedes. Dieser Mann hätte nachgewiesen, daß er aus politischen Gründen aus der NPD austrat. Andere Gründe würden nicht anerkannt. **Das ist nichts anderes als ein Erpressungsversuch. Ich habe mich als Intellektueller auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt und bin entschieden für eine Hochschulpolitik eingetreten, die die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Studenten vertritt. Das OLG verlangte ganz klar, daß ich mich davon distanzieren soll. Außerdem sind mir Fälle bekannt, wo Bewerber aufgefordert wurden, für den Verfassungsschutz zu arbeiten. Beides werde ich natürlich nicht tun sondern um meine Einstellung kämpfen. An der Universität in Bochum wurden bereits mehr als 600 Unterschriften gesammelt.**

RM.: Sie sind nicht der Einzige in NRW, der nicht in den Staatsdienst eingestellt wurde. Wie verlief dieses Verfahren bei bei den anderen?

Meinhard S.: In Münster wurden mehrere Lehrer abgelehnt. Hier in Bochum ebenfalls ein Lehrer. Herr Böwer aus Münster allerdings, der sich als Rechtsreferendar bewarb, ist angenommen worden. Er ist von der D"K"P.

RM.: Ihre Ablehnung als Rechtsreferendar bedeutet, daß Sie nicht Rechtsanwalt werden sollen. Gerade gegenüber fortschrittlichen Rechtsanwälten hat die Bourgeoisie in der letzten Zeit immer wieder zugeschlagen. Die KPD/ML und ihre Studentenorganisation KSB/ML werden auch in Ihrem Fall nach besten Kräften um eine Einstellung kämpfen.

Aus Angst vor den Studenten - Prüfung im Polizeipräsidium ?

Am 29. November 1973 schlugen Polizeieinheiten Studenten der Universität Bochum, die sich weigerten, an einer Klausur teilzunehmen, brutal zusammen. Die Antwort der Studenten darauf war eine breite Solidarität gegen den Polizeiterror an der Universität. "Polizei raus aus der Uni" unter dieser Parole marschierten 3 000 Studenten durch Bochum.

Jetzt soll diese Klausur, die damals verhindert worden ist, nachgeholt werden. Zum Ort der Klausur heißt es in der westfälischen Rundschau vom 21. 1.: **"Willms (- der betreffende Professor - RM) befürwortet zugleich einen Prüfungsort außerhalb der Universität und schließt auch einen Saal im Bochumer Polizeipräsidium nicht aus."**

"Völlig isolierte Krawallmacher" - so schreiben die Zeitungen über die Aktionen fortschrittlicher Studenten an den Universitäten. Die Überlegungen von Professor Willms zeigen, daß hier offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. In der Tat durchschauen immer mehr Studenten die Lügen der bürgerlichen Wissenschaftler, immer breiter wird der Widerstand dagegen, diese Lügen auch noch als Prüfungslektionen auswendigzulernen. Tausende kämpfen aktiv gegen den Polizeiterror, zehntausende stehen auf ihrer Seite. **In ihrer Angst vor den fortschrittlichen Studenten sind den bürgerlichen Wissenschaftlern selbst einige Hundertschaften Polizei nicht mehr Schutz genug sie flüchten hinter die Mauern der Polizeikasernen.**

Lebenslauf des Genossen Sascha

Am 2. Januar 1954 wurde Sascha Haschemi in München geboren, als erstes Kind eines iranischen Arztes und einer Deutschen. Jahrelang sah seine Entwicklung nicht viel anders aus als die von Tausenden Kindern aus kleinbürgerlichem Haus: Besuch der Wilhemsschule in München, Besuch eines Gymnasiums. 1965 wird die Ehe der Eltern geschieden. Sascha und seine Schwester spricht das Gericht der Mutter zu. Niemand könne den Kindern, die in Deutschland aufwuchsen, zumuten, daß sie ihrem Vater in den Iran folgen. Damals denkt noch kein Richter daran, daß Sascha sich zum Kommunisten entwickeln könnte. Aber der Mord an Benno Ohnesorg rüttelt den 13-jährigen, fast noch ein Kind, auf: Er weiß um das faschistische Regime im Iran. Warum w ein Demonstrant von deutschen Polizisten erschossen, der gegen den Faschismus kämpft? Zum erstenmal beteiligt sich Sascha an Demonstrationen: Ein Schweigemarsch von Tausenden in der Münchener Innenstadt: Anschließend der Kampf gegen die wüste Hetze der Springerpresse gegen die Studentenrevolte. Überall ist Sascha dabei: Beim Flugblattverteilen, beim Plakatekleben. Der zweite Mord geschieht in München: Ein Fotograf wird totgeschlagen. Natürlich ist wieder die Polizei nicht schuld. Sascha weiß es besser. Er hat die Brutalität der bewaffneten Staatsmacht inzwischen kennengelernt: Knüppeleinsätze, Tränengas, Wasserwerfer.

Ende 1969 die erste Demonstration der ROTEN GARDE in München. Sascha sieht Stalinbilder, Bilder von Thälmann und Luxemburg, Parolen gegen den modernen Revisionismus. Kurze Zeit später, 1970, marschiert er selbst unter den Fahnen der ROTEN GARDE. Er hat erkannt, daß die Apo-Bewegung in eine Sackgasse führt, daß ein Revolutionär nur einen konsequenten Weg beschreiten kann: Den Weg zur bewaffneten proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, geführt von der Partei der Arbeiterklasse. Unter der Erziehung der Partei und der ROTEN GARDE wird Sascha Kommunist. 1971, nach Schulabschluß beginnt Sascha eine Lehre als Maschinenbauer. Seine Kollegen in der Firma Hurth fassen Vertrauen zu ihm. Innerhalb kürzester Zeit ist er Jugendsprecher.

Immer wieder versucht die Polizei, diesen mutigen Jungkommunisten zu "schnappen". 1972 wird er nach einer Vietnamdemonstration verhaftet, auch auf anderen Demonstrationen sind die Polizisten hinter ihm her.

Anfang 1972 stellt Sascha Antrag auf deutsche Staatsbürgerschaft. Aber sein Antrag wird verzögert. Kurze Zeit später erhalten seine Eltern eine Vorladung vor das Jugendamt: Gegen ihren Sohn liegen bereits zwei fertige Anklageschriften vor, ohne daß er auch nur zu einer einzigen Vernehmung geladen worden wäre. Auf Denunziation der Polizei wird er im Betrieb fristlos entlassen, findet seither keine neue Lehrstelle mehr. Als er im Mai 1973 seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern will, drohen ihm die Ausländerbehörden offen mit Ausweisung, falls er verurteilt wird.

Die Absicht ist klar: Sascha, dem die Bourgeoisie als Kind nicht zumuten wollte, in den Iran zu gehen, soll heute, als Kommunist, in persische Gefängnisse geworfen werden. Der Staatsanwalt im Prozeß sagt es noch deutlicher: "Wenn jemand zwischen zwei Stühlen sitzt, wie Herr Haschemi, dann sollte er dem Rat des Ausländeramtes folgen und persisch oder albanisch lernen". Sascha Haschemi, 20 Jahre alt, deutscher Kommunist, wird heute polizeilich gesucht. Er soll abgeschoben werden. Sascha ist vorläufig untergetaucht. Der Kampf um seine Einbürgerung geht weiter!

Fortsetzung von Seite 1

Als Kommunist hat Sascha im faschistischen Iran aber nur eines zu erwarten: Jahrelange Kerkerhaft, Folter, vielleicht sogar den Tod. Skrupellos schrecken die westdeutschen Imperialisten nicht einmal davor zurück, die iranischen Folterkammern als Werkzeug bei der Verfolgung deutscher Kommunisten einzusetzen!

Doch Sascha ist kein Lamm, das sich zur Schlachtbank führen läßt. Er ist ein mutiger Kommunist, der mutig in den Reihen der Roten Garde und der KPD/ML der bürgerlichen Klassenjustiz den Kampf angesagt hat. Nachdem versucht wurde, ihn auf einer Kundgebung zu verhaften, um ihn bis zu seiner Abschiebung festzusetzen, hat er am Prozeß nicht mehr teilgenommen, sondern ist untergetaucht. **In einer persönlichen Erklärung von Sascha heißt es: 'Ich bin Deutscher und werde hier, in meiner Heimat, für ein einiges, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kämpfen." Seither wird Genosse Sascha polizeilich gesucht.**

Als der Prozeß am 28. Januar begann, war das Gerichtsgebäude dicht umstellt von Polizisten. Bereits am 2. Prozeßtag wurde die Öffentlichkeit für den weiteren Verlauf ausgeschlossen. Sämtliche Zuschauer ließ der Staatsanwalt erkennungsdienstlich behandeln. 10 vorübergehend festnehmen. Ausdrücklich begründete die Polizei die-

Solidarität wird siegen!

se Maßnahmen: **"Wir wollen verhindern, daß ihr aus dem Gericht geht und erzählt, was hier passiert"**

Aber die ~~Polizei~~ Partei machte überall in Deutschland die Kollegen und Freunde aufmerksam auf die Vorgänge im Münchener Gerichtssaal und rief zur Solidarität auf. Innerhalb kürzester Zeit unterschrieben mehr als 5.000 fortschrittliche Menschen, Kollegen im Betrieb, Studenten, Protestresolutionen, die Saschas Freispruch und sofortige Einbürgerung forderten.

Panikartig reagierte die Münchener Polizei: Trupps suchten überall in der Stadt nach Flugblättern, beschlagnahmten Propagandamaterial der KPD/ML, das greifbar war. Mehr als 30 Menschen wurden in den zwei Prozeßwochen festgenommen.

War die Öffentlichkeit auch ausgeschlossen, ging der Kampf außerhalb und im Gerichtssaal weiter. Die Angeklagten enthüllten immer wieder die wahren Absichten dieses Prozesses. Unter den Angriffen der Genossen löste sich die Schminke der Klassenneutralität der Justiz immer mehr im Angstschweiß auf. In seinem Plädoyer schließlich redete der Staatsanwalt Fraktur und betonte, daß es hier nicht um jugendlichen Übermut des Angeklagten Haschemi ginge, sondern um den Kampf Klasse gegen Klasse.

So hieß es unter anderem in seinem Plädoyer: "Die Wurzeln, aus denen die Tat hervorgesprossen ist, verstärken sich mit der Reifung und verflachen nicht. Eine solche Besessenheit ist nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen Politikern anzutreffen. Wenn so eine Ideologie einmal Erfolg hat, dann wird das nicht mehr als strafrechtlich gewertet, sondern als "revolutionäre Geschichtstat".

"Wenn man noch mehr Verletzte und möglicherweise Tote beklagen kann, dann ist es zu spät. Dann ist vielleicht der Rechtsstaat schon verändert, und die Leute, die heute Straftaten begehen, sind dann Männer der Geschichte"

Die Strafe "muß den Sinn erfüllen, solchen Parasiten, die sich gegen die Ordnung stellen, ein Übel zuzufügen". Es handelt sich um ein Schulbeispiel, wo eine Strafe ausgesprochen werden muß, die die Angeklagten mit ihrer schädlichen Einstellung aus der Gesellschaft fernhält".

"Wenn sich jemand zwischen zwei Stühle setzt, wie Herr Haschemi, dann sollte der Rat des Ausländeramtes, persisch zu lernen - oder vielleicht albanisch - ernst genommen werden".

Sascha Haschemi aber ist weder ein Parasit, noch sitzt er zwischen zwei Stühlen, er ist ein mutiger Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse. Und er wird weder - wie die Bourgeoisie es wünscht - nach Persien den Schlachtern ausgeliefert noch nach Albanien gehen. Er wird in Deutschland mit der KPD/ML und der ROTEN GARDE, mit allen fortschrittlichen Menschen gemeinsam für seinen Freispruch und seine Einbürgerung weiterkämpfen. In ihrem Schlußwort riefen die beiden Mitangeklagten Saschas dem Gericht mit den Worten Liebknechts entgegen: **"Und wenn sie uns in Bande werfen, wir sind da, und wir bleiben da und der Sieg wird unser sein".**

Genosse Sascha wird gegenwärtig von der Polizei per Haftbefehl gesucht. Aber weder bei seiner Mutter noch bei einem anderen Genossen, wo die Wohnung nach ihm abgesucht wurde, konnte die Polizei ihn finden. Und sie wird ihn auch nicht finden! **Der Kampf ist mit dem Urteil im Münchener Prozeß nicht abgeschlossen! Er beginnt erst! Wir werden die Zurücknahme dieses Terrorurteils, die Aufhebung des Haftbefehls und die Einbürgerung des Genossen Sascha erkämpfen. Jeder fortschrittliche Mensch, jeder Kommunist muß in diesem Kampf auf unserer Seite, auf der Seite Saschas stehen! Genosse Sascha muß in Deutschland bleiben!**

Persönliche Erklärung des Genossen Sascha Haschemi

AN ALLE FREUNDE, KOLLEGEN UND GENOSSEN!

Ab Donnerstag, den 7. Februar 1974, werde ich nicht mehr vor Gericht erscheinen. Allzu offen und klar ist der Plan, mich über kurz oder lang in U-Haft zu nehmen - schon jetzt wurde ich zu vier Tagen und ein anderer Genosse zu zwei Tagen Haft verurteilt - und in einer heimlichen Aktion ins faschistische Persien abzuschieben, was für mich gleichbedeutend mit einer Liquidierung ist.

HENKERSDIENSTE FÜR DEN SCHAH!

Vom 28.1. bis heute stand ich als Kommunist vor Gericht. Angeklagt, an der Roten Antikriegstagsdemonstration vorletztes Jahr gegen Krieg und Imperialismus teilgenommen zu haben. Angeklagt, weil ich in den Reihen der KPD/ML gegen die reaktionäre Gewalt der Polizei und des Staatsapparates kämpfte, die verhindern wollten, daß wir gegen den Imperialismus, für den Sozialismus demonstrierten. Daß wir bei der Olympiade 1972 diesen ungeheuren Betrug vom "Friedensgerede die Maske herunterrissen und uns die Demonstration nicht verbieten ließen, nehmen sie nun zum Anlaß, um willkürlich gegen Einzelne vorzugehen.

Wie sehr die Bourgeoisie getroffen wurde, zeigt die unglaubliche Härte, mit der sie jetzt zurückschlägt: seit dem zweiten Prozeßtag ist die Öffentlichkeit aus dem Prozeßsaal ausgeschlossen. In einem brutalen Einschüchterungsakt wurden gleichzeitig sämtliche anwesenden Zuschauer festgenommen und wegen "Hausfriedensbruch" angeklagt, teilweise erkennungsdienstlich behandelt. Die Polizei verbietet uns, hierzu "faschistische Methoden" zu sagen, beschlagnahmt Flugblätter und nimmt Dutzende Genossen bei der Flugblattverteilung fest. Jeder kennt diese Methoden!

Ich soll nach Persien ausgewiesen werden, was mein sicheres Todes- urteil bedeuten kann. Und das, abwohl ich Deutscher bin! Mein Vater ist Perser, ich habe eine deutsche Mutter, kann kein Wort persisch, ich bin in München aufgewachsen, lebe und arbeite hier. Mein Einbürgerungsantrag, der seit dem 11. Januar 1973 bei der Regierung von Oberbayern liegt, wurde offensichtlich gestoppt. Seit Mai 73 muß ich alle drei Monate die Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen. Im Ausländeramt meinten die Herren, sie wollten das Urteil abwarten und sich nicht die Hände binden.

Kein Zweifel, besonders nach dem verschärften Terror der Staatsgewalt in den letzten Wochen: Sie wollen mich an das Schahregime ausliefern. An das Regime, das allein bei dem Wort "Kommunist" an den Henker denkt, das vor einigen Wochen erst sieben iranische Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt hat. Die Abschiebung kommt möglicherweise einem Todesurteil gleich. Aber auf ein "möglicherweise" lasse ich mich als Kommunist nicht ein!

Ich bin Deutscher und werde hier, in meiner Heimat, für ein einiges, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen!

Kollegen, Freunde, Genossen!

Wir müssen meine Einbürgerung mit aller Macht von diesen Herren erzwingen. Sie müssen die Wut der Arbeiterschaft, der Bevölkerung über diese ungeheuerlichen Gewaltmaßnahmen zu spüren bekommen. Und wenn sie noch brutaler vorgehen, werden wir umso besser kämpfen, weil immer mehr Menschen diesen kapitalistischen Terror als solchen erkennen. **Wir werden und müssen die Einbürgerung erzwingen, weil sie nicht nur meine Person betrifft, sondern eine Herausforderung ist an die Kommunistische Partei, die Arbeiterschaft, das deutsche Volk!**

Alexander Haschemi

Veranstaltungen zur Wahl in Hamburg

Donnerstag, 21.2., 19.oo Uhr, Hamburg - Harburg, Wilsdorfer Krug, Anzengruber Str. 23:

" Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg - Auswertung von Presseberichten - aktuelle Berichte".

Freitag, 22.2., 19.3o Uhr, Harburg Wilsdorfer Krug:

"Aktuelles zum Hamburger Wahlkampf"

Mittwoch, 27.2., 19.oo Uhr, Billstedt, Gaststätte Steffen, Schiffbeker Weg:

"Der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet - wie verrottet ist die Hamburger Bürgerschaft? "

Donnerstag, 28.2., 19.oo Uhr, Harburg, Wilsdorfer Krug:

" Das Parlament ist eine Schwatzbude".

Freitag, 1.3., 20.oo Uhr in Wilhelmsburg, Stübens Gesellschaftsräume, Vogelhüttendeich 48:

Großkundgebung der KPD/ML

Sonnabend, 2.3., 19.oo Uhr in Barmbek, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr. 27:

Hamburg wird rot - Großkundgebung der KPD/ML am Vorabend der Wahl.

Wendet Euch an die Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 11o

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitags:

16.00 bis 18.30 Uhr
Samstags: 9.30 bis 13.00 Uhr

MANNHEIM: Lortzingstr. 5

Öffnungszeiten:
Di 16.oo - 18.3o Uhr
Do 16.oo - 18.3o Uhr
Sa 9.oo - 13.oo Uhr

BREMEN: Bremen-Walle,

Waller Heerstr. 70

KIEL: Reeperbahn 13
Telefon: 0431/ 74 762

MÜNCHEN: Thalkirchner Straße 19
Telefon: 089/ 77 51 79
Öffnungszeiten:
Mi 17.oo - 19.oo Uhr
Sa 9.oo - bis 14.oo Uhr

BESTELLSCHEIN

Bitte den Bestellschein in Blockbuchstaben ausfüllen

ROTER MORGEN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER: O
ABONNEMENT
AB NUMMER:
Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
Ein Jahresabonnement des ROTEN MORGEN kostet 25 DM
PSchKto. Dortmund Nr. 417 06 466
NAME, VORNAME.......................................
BERUF.......................................
POSTLEITZAHL, ORT.......................................
DATUM.......................................
UNTERSCHRIFT.......................................